

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkovo nám. 32. Telefon 6793, na 1. 7.

Verlag: Die Deutsche Arbeiterpartei, Havliczkovo nám. 32. Politisches Amt: 57544. Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Gazettdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 18. Mai 1923.

Nr. 114.

Der englisch-russische Konflikt.

Die englische Regierung hat vor einigen Tagen an Rußland ein Ultimatum gerichtet, in dem sie binnen einer Frist von zehn Tagen die Erfüllung bestimmter Forderungen verlangt, widrigenfalls sie sich aller Verpflichtungen des englisch-russischen Handelsvertrages für entbunden erachten würde. Der Abbruch der Handelsbeziehungen zu Rußland käme der Verhängung einer Blockade Rußlands gleich, auch wenn sie in dem Ultimatum nicht ausdrücklich angeündigt wird, denn es gäbe dann zwischen England und Rußland nicht nur keinen Warenverkehr, die Aufhebung der Handelsbeziehungen hätte auch die vollständige Einstellung des Schiffs- und Postverkehrs zwischen den beiden Staaten zur Folge. Es wäre dies nicht nur für Rußland, sondern auch für England und das europäische Wirtschaftsgesamte von üblen Folgen begleitet, ganz abgesehen davon, daß die Durchführung des Ultimatus, wenn auch noch nicht den Krieg, so doch einen feindseligen Akt bedeuten würde, dem der Krieg leicht folgen könnte. Auch wenn man die in England bestehende Abneigung gegen einen neuen Krieg in Rechnung zieht und nicht geneigt ist, dem Säbelraseln in der bolschewistischen Presse eine besondere Bedeutung zuzumessen, rückt doch die heftige Art des ultimativen Vorgehens der englischen Regierung die Möglichkeit eines Krieges in gefährdender Nähe.

Die Unstimmigkeiten der englischen Regierungskreise gegen Rußland, die nun zu einem feindseligen Zustand geführt haben, gehen schon eine längere Zeit zurück und sind in dem Mißbehagen zu suchen, welches die auswärtige Politik der Sowjetregierung, vor allem deren imperialistische Aspirationen in Asien, bei den englischen Machthabern geweckt hat. In der Note Englands werden allerdings andere Gründe in den Vordergrund geschoben. So soll es der „Ton und Charakter“ der letzten vom Sowjetkommissariat für auswärtige Angelegenheiten an die britische Regierung abgeschickten Note sein, in welcher England eine „Herausforderung“ erblicken müsse. Ferner wird als Grund der alte, schon aus der zaristischen Zeit schwelbende Streit zwischen England und Rußland hervorgeholt, in welcher Meeresszone sich die Hoheitsrechte eines jeden Uferstaates erstrecken, konkreter ausgedrückt: ob die russische Regierung ein Recht hat, englischen Fischern, die innerhalb einer Zone von zwölf Meilen von der russischen Küste dem Fange nachgehen, das Fischen zu verwehren, eine Streitfrage, die keineswegs durch ein internationales Recht geregelt erscheint. Als weiteren Grund führt die englische Regierung die Vollstreckung des Todesurteils an einem Bischof und die Einkerkierung mehrerer anderer Bischöfe der russischen Kirche an. Man braucht für die Ausübung der Justiz in Sowjetrußland noch so wenig Sympathien zu haben, so wird man doch die Berechtigung der englischen Regierung zur moralischen Entrüstung über die gegen die Bischöfe gefällten Urteile nicht zugeben können. Daß die Justiz den politischen Machthabern willfährig zu Diensten steht, dafür liefert die Geschichte jedes kapitalistischen Staates tausendfältige Beweise. Und wenn England durch die russischen Urteile die Menschlichkeit verletzt sieht, so erinnert man sich an die Art, wie England beispielsweise die indischen Aufstände unterdrückt hat, der blutigen Brutalität, die sie dabei walten ließ, und man erinnert sich der Methoden, die es heute noch in Indien und anderen kolonialen Herrschaftsgebieten ausübt, Methoden, die aller Menschlichkeit widersprechen. Bei der Förderung seiner Handelsinteressen war England in der Wahl der Mittel nicht gerade wählerisch, und es trug auch keine Bedenken, nicht nur in enger handelspolitischer Verbindung mit Rußland zu stehen, solange dort der Hurdesfekte Zarismus herrschte — der auch vor der Verbannung von Bischöfen nach Sibirien nicht zurückschreckte — sondern auch

Vorarbeit für das neue deutsche Angebot.

Ein sozialdemokratischer Programm-Vorschlag.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung über das neue deutsche Angebot haben bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Die Regierung ist der Ansicht, daß es so schnell wie möglich erfolgen soll, doch soll es durch sorgfältige Behandlung der Materie so gestaltet werden, daß es tatsächlich der Ausgangspunkt für neue Vorschläge sein kann. Erst nach Vollendung der Vorarbeiten wird ein Kabinettsrat zusammentreten und frühestens Ende nächster Woche wird das Angebot fertiggestellt sein. Die einzelnen Noten werden nicht gesondert beantwortet werden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt, daß die außen- und innenpolitische Lage Deutschlands ein rasches Ausarbeiten des Programmes und den Verzicht auf Zweideutigkeiten verlange. In erster Linie müßten die Garantien berücksichtigt werden, für welche die Erfassung

der Sachwerte nötig sei. Er gibt dann folgende Ratschläge: Industrie, Gewerbe, Handel, Bank- und Verkehrsweisen, Landwirtschaft und Hausbesitz sollten mit einem Fünftel ihres Realwertes für die aufzunehmenden Anleihen haften. Die Privatunternehmungen sind in Gesellschaftsform zu vereinigen, an ihrem Kapital soll die Reichs-Treuhand-Gesellschaft zu einem Fünftel beteiligt sein. Die Landwirtschaft, soweit der Besitz mehr als zwei Hektar beträgt, soll ebenfalls zugunsten der Gesellschaft mit einem Fünftel belastet werden in der Form einer Grundschuld in festem, wertbeständigem Betrage entsprechend dem Realertrag. Ferner sollen die wirtschaftlichen Unternehmungen ein Fünftel ihres Ertrages für die Einnahmen in ausländischer Währung, dann wäre der Anteil in dieser Währung abzuliefern. Gleichzeitig müßte die Vereinigung des Reichs etats erfolgen.

Französische Sozialisten gegen die Kriegsgesichtsurteile.

Paris, 17. Mai. (W.B.) Der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, schreibt im „Populaire“: Unsere leitenden Männer scheinen tatsächlich verrückt zu sein. Nachdem sie den Arbeitern des Ruhrgebietes geschmeichelt und versucht haben, sie in ihre Kombinationen hineinzuziehen, machen sie sich wahrhaftig das Vergnügen, sie ohne Sinn und Verstand zu verurteilen, ohne sich um die Rückwirkungen zu kümmern, die ein solches Verfahren nach sich ziehen kann. Daher hat der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei es für nötig erachtet, gegen diese ebenso unbilligen wie dummen Urteile zu protestieren. Wie oft wird man denen, die zu unserem Unglück die Macht innehaben, doch wiederholen müssen, daß Frankreich durch eine detartige Haltung nichts gewinnen, aber alles verlieren kann. Unsere führenden Männer dienen ihrem Lande nicht, wenn sie mit dem Säbel raseln und die Eisenhauer des Ruhrgebietes und die Vertreter der Gewerkschaften vor die Kriegsgesichte der Besatzungsarmee stellen. Ganz im Gegenteil, es gibt kein besseres Mittel, um den passiven Widerstand in Deutschland zu befähigen.

Seite an Seite mit diesem Rußland in den Krieg zu gehen. Mit dem Rußland der entschlossensten Judenpogroms im Freundschaftsverhältnis zu stehen, weckte ebensowenig die Gewissenskrupel Englands, wie gegenwärtig sein Verhältnis zur Türkei — der Türkei der grausamsten Armenierermordungen! — die es jetzt sogar zum Eintritt in den Völkerbund für reif befindet! Würde der größere Anteil an dem Vorteil der englisch-russischen Handelsbeziehungen auf Seite Englands liegen — gegenwärtig ist es sicher umgekehrt — die britische Regierung würde vor dem Treiben der russischen Sowjetjustiz fromm und bieder die Augen verschließen.

Zur Zeit sind es aber eben ganz andere und weit tiefere Gründe, die England gegenüber Rußland mit dem Abbruch der Handelsbeziehungen drohen lassen, das sind keine kapitalistischen Herrschaftsinteressen in Asien, die es durch die bolschewistische Agitation bedroht sieht. Es ist nicht allein der Umstand, daß Moskau seine Hoffnung, Europa zu bolschewisieren und über Westeuropa den Siegeszug der „Weltrevolution“ schreiten zu lassen, aufgegeben hat, der den Bolschewismus dazu treibt, seine Ideen, sein Geld und seine Agenten nach Indien, Afghanistan, Irak und Ägypten zu senden, wo es sich die Unzufriedenheit, die mit der englischen Herrschaft besteht, dienstbar zu machen bestrebt. Es ist auch das Machtgelüste der Moskauer Sowjetherren, der in „kommunistischer“, Verkleidung einhergehende neurussische Imperialismus, der, wie er Georgien unterjochte, auch im übrigen Asien die Herrschaft zu gewinnen und jene Englands in seinen Kolonien zu vernichten sucht. Indem nun Englands Regierung mit dem Abbruch der

Wieder ein politischer Mord in Warschau.

Warschau, 17. Mai. Heute gegen 6 Uhr abends wurde in der Smolnastraße der Präsident der Bodenkommission im Bodenamt Ladislaus Olewinski durch einige Revolverkugeln getötet. Der Mörder ist der Großgrundbesitzer Niewinski, welcher in der polizeilichen Voruntersuchung erklärte, er habe die Tat aus politischen Gründen vollbracht, da er mit den Anordnungen des Präsidenten Olewinski betreffend die Bodenreform nicht einverstanden war.

Gemeinnützige proletarische Abwehrorganisationen in Dresden.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) In einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung der drei Kreise der Dresdener Zentrale der Sozialdemokratie wurde mit großer Mehrheit die Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen mit den Kommunisten beschlossen. In Leipzig wurde die Bildung dieser Organisationen abgelehnt.

Handelsbeziehungen droht, sucht es die Einstellung der bolschewistischen Agitation zu erzwingen. Ob ihm dies gelingen wird, bleibt eine Frage.

Die Sowjetregierung hat die englische Note bereits beantwortet und diese Antwort ist eine solche, daß die Gefahr der Durchführung des Ultimatus nicht gegeben ist. Die Regierung hat wohl im englischen Unterhause die Antwortnote Rußlands für „unklar“ und für „völlig unannehmbar“ erklärt, aber sie will doch die zufällige Anwesenheit Krassins in London dazu benützen, um mit ihm Punkt für Punkt ihrer Beschwerde durchzubesprechen. Ihr Ultimatum will sie aufrecht erhalten, doch hat sie keine Frist um den Zeitraum der Verhandlungen verlängert.

Der englisch-russische Konflikt besteht also weiter und bildet eine der Gefahrenquellen für die Gesundung der europäischen Wirtschaft und für den Frieden. Wenn auch die Aufhebung der Verpflichtungen des englisch-russischen Handelsvertrages noch nicht den Beginn eines neuen Krieges bedeuten würde, sie brächte in ihrem Gefolge neue Erschütterungen und eine weitere Vergiftung der politischen Atmosphäre in Europa. Neue Mächte, die eine Wiederannahme der Interventionspolitik in Rußland herbeiführen, würden daraus neuen Mut und neue Hoffnung laugen. Das wird wohl in Moskau in Rechnung gezogen werden, es muß aber auch das europäische sozialistische Proletariat bestimmen, auf der Wacht zu sein. Es wird Aufgabe nicht nur der englischen Arbeiterpartei, sondern auch jener aller anderen Staaten sein, einen neuen Brand zu verhindern, an dessen Feuer sich Reaktion und Zarismus die Hände zu wärmen suchen.

Schulreform.

Im Anschluß an den Aufsatz der Donnerstag-Nummer: „Die Reform der Bürger- und Mittelschulen“ bringen wir im folgenden die angeforderte kritische Betrachtung.

Der vom Schulministerium veröffentlichte Entwurf einer Bürger- und Mittelschulreform hat in der gesamten Öffentlichkeit die größte Aufmerksamkeit und in bürgerlichen Kreisen so viel Widerspruch erregt, daß dieser Umstand allein unwillkürlich in dem sozialistisch interessierten Betrachter ein günstiges Vorurteil weckt. Die „Kardinalliste“ liefen in mehreren Artikeln gegen die „Vorschläge Bedrängnis“ Sturm, die tschechische und deutsche Mittelschullehrerschaft verhält sich in der Mehrzahl ihrer Vertreter ablehnend, das Professorenkollegium der Brüner philosophischen Fakultät erklärte mit allen gegen eine Stimme den Entwurf als ungeeignet und nur die Bürgerschullehrer sympathisieren mit dem Plane — doch wenn man näher zusieht, großenteils nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil sie aus der Gleichstellung von Bürger- und unteren Mittelschulen Standesvorrechte erhoffen. Egoismus nach der verkehrten Richtung erklärt vielfach die Ablehnung der Professoren.

In diesem Hin- und Wider der Meinungen sich zurechtzufinden, fällt nicht ganz leicht, zumal sich die pädagogischen Gesichtspunkte unlöslich mit sozialen, wirtschaftlichen und nationalpolitischen vermengen. Das Urteil kann sich nicht, wie etwa in Deutsch-Oesterreich gegenüber den Reformen Müllers, mit der Nachprüfung begnügen, ob die Neuerung den erzieherischen, psychologischen und sozialen Erkenntnissen der Gegenwart entspricht, es wird vielmehr auch immer untersuchen müssen, welche Handhaben jeder einzelne Vorschlag wenig wohlwollenden Vermutern des Schulwesens bietet, um, was als Geschenk an die Jugend und damit an das Volk gemeint ist, in eine Bedrohung des Schwächeren zu verwandeln. Wir leben nicht auf dem Monde, sondern in einem Lande von ganz bestimmter Struktur und in diese vorläufig fest gegebenen Realitäten müssen wir den Entwurf hineinstellen, wenn das Urteil nicht ein rein ideologisches werden soll.

Das pädagogische Ziel des Unterrichtes ist innerhalb gewisser Grenzen strittig. Die Anhänger der älteren Richtung verstehen den Standpunkt, daß die Schule, ohne den bildnerischen Zweck aus dem Auge zu verlieren, doch vor allem eine Summe von Kenntnissen zu vermitteln habe. Für die Befürworter der modernen Richtung ist es das Wichtigste, alle Fähigkeiten des Schülers in Tätigkeit zu setzen und ihn aus einem bloß aufzunehmenden zu einem schaffenden Menschen zu machen, die Kenntniserwerbungsreaktion also an zweiter Stelle hinter der aktiven Erarbeitung des Lehrstoffes. Die Befürworter dieser Idee der „Arbeitsschule“ wissen, daß Vierzehn- oder Achtehnjährige noch keine ausgereiften, abgeschlossenen Persönlichkeiten sind, zu weiden und leistungsfähig zu machen, scheint ihnen die einzig mögliche Aufgabe. Der hier dargestellte Zeitgedanke führt in gerader Linie zur Forderung von Segabteilungen, die den Vorwärtsdrang besonders glücklich veranlagter Kinder berücksichtigen und sie von dem die Arbeitslust lähmenden Zwang befreien, auf das Mitkommen der Minderbegabten warten zu müssen; er führt zur Befürwortung der Einheitschule, die es ermöglicht, erst dann eine näher begrenzte Schultypen zu wählen, bis sich, etwa mit vierzehn Jahren, die Geistesrichtung des Kindes einigermaßen klar kundtut; und es wirkt schließlich der Zersplitterung auf all zu viele Unterrichtsfächer, die eine harmonische Ausbildung der individuellen Fähigkeiten verhindert, und dem bisherigen Berechtigungsschulwesen entgegen, welches das Zeugnis und die dadurch erworbenen Rechte höher stellt als das Ideal der Menschenbildung an sich, die an unmittelbar praktische in Amt und Stellung ausmündbare Zwecke nicht weiter denkt.

Der Entwurf des Schulministeriums bekennt sich in der Einleitung ausdrücklich zur „neuen Arbeits- und Erziehungsschule“, doch wird, wie weit er dieses Ideal in Wirklichkeit umsetzt, nur in den allgemeinen Zügen klar, weil er vorläufig bloß darlegt, was die neue Schule bieten soll, das wichtigere „Wie“ aber aus begrifflichen Gründen noch unbeantwortet läßt. So tritt dem in ihm weniger die große Leitidee als ihre Auswirkungen nach der Richtung Einheitschule, Begabtenförsorge, Berechtigungswesen usw. hervor.

Die organisatorische Gleichstellung der Bürger- mit der Untermittelschule bedeutet praktisch ein Kompromiß zwischen Einheitschule und dem Bedürfnis nach Segabteilungen. Indem hier und dort dasselbe unterrichtet, nur in der Bürger-

als einer Pflichtschule geringere Anforderungen im einzelnen gestellt werden, kommt die Unter- mittelschule dem Bedürfnis der Befähigten nach Vertiefung und beschleunigtem Tempo entgegen, verschleift sich doch aber auch nicht den besseren Absolventen jeder einzelnen Bürger- schule. Daß deren bessere Qualität durch Prüfungen ermittelt werden soll, erscheint (das gilt auch für die anderen im Plan vorgesehenen Prüfungen einschließlich der Matura) recht überflüssig; Lehrer, die sich das ganze Jahr hindurch mit einem Schüler beschäftigen, können über dessen Anlagen gewiß ein verlässlicheres Urteil abgeben, als man in einigen Minuten prüfend ermitteln kann, ganz abgesehen davon, daß Examina immer wieder Gedächtnis und Kenntnisse, nicht aber Fähigkeiten feststellen werden. Freilich setzt diese Forderung voraus, daß im Laufe der Zeit der qualitative Unterschied zwischen Bürger- und Mittelschullehrer aufhöre.

Gewichtiger noch ist das Bedenken, das ein Vergleich des Reformentwurfs mit dem „kleinen Schulgesetz“ nahelegt. Dieses kennt Klassen von sechs und mehr Schülern, der Entwurf betont die Möglichkeit — Bürger- und Mittelschul- klassen zusammenzuziehen — die Gefahr liegt also nahe, daß Sparanfänge am unrechten Ort eine große Bildungsmöglichkeit durch Klassenvereinigung und Ueberführung verschuldet. Soll der Gedanke der Begabenschule, der im Entwurf so wie so nur rudimentär zum Ausdruck kommt, nicht ganz aus dem Plan verschwinden, so muß die Schulbürokratie hierzu- lande zuerst der Kardinalsinde gegen alle Pädagogik: dem Streben nach starkbesetzten Klassen, abstrahieren und muß den „Vorteil“ der Klassen- zusammenziehung als schweren Mangel erkennen. Wie soll dem Bedürfnis der Befähigten genüge geschehen, wenn sie mit allen Schwachveranlagten in eine Klasse gesteckt werden? Die hier ausge- sprochene Befürchtung verstärkt sich für die Schüler der Minoritätsvölker. So- lange deren Schicksal ganz in der Hand der tschechischen Beamenschaft liegt und eine grundstürzende Reorganisation nicht von autonomen Körperschaften des betreffenden Volkes selbst in die Tat umgesetzt wird, haben die Minderheiten zum Nützlichsten allen Grund.

Ins Gebiet des Neuaufbaues fällt auch die Frage, auf welchem Wege die vielgehabelten Obermittelschulen zustande kommen sollen. Es muß klar und scharf ausgesprochen werden, daß nur ein splendider, nicht um die Kosten marktender Ausbau hier gute Früchte zeitigen kann, daß hingegen die mechanische Zusammenziehung als Pflögen, zum Übergebäude zu gelangen, energisch abzuweisen ist. Soll beispielsweise Karlsbad dadurch eine völlig ausgebaute Mittelschule erhalten, daß die Mittel- schulen von Komotau, Raaden, Tappau und Saaz in ihr aufgehen, so wäre das vom sozialen, in- sofern Auswärtige nur unter großen Opfern die Schule besuchen könnten, und vom nationalen Standpunkt aus ein Unglück und auch die Vereinigung mehrerer Anstalten desselben Ortes dürfte an der Gesamtklassenzahl nur wenig oder nichts ändern.

Der Versuch, das Berechtigungs- wesen in die Schulreform einzubeziehen, und noch mehr den Lehrstoff, den die geplante Schule übermitteln soll, machen genau so den Eindruck des Kompromißhaften, wie die Gleich- stellung von Bürger- und Untermittelschule. Man will die Arbeitsschule und will den verschie- denen Begabungstypen der Schüler Rech- nung tragen, möchte aber auch die Anhänger der Kenntnisschule nicht allzuweit vor den Kopf stoßen. Das Ergebnis ist die Einteilung der Unterrichtsgegenstände in eine gemeinsame Stammgruppe, die wöchentlich ungefähr zwanzig Stunden in Anspruch nehmen soll, und in wähl- bare Gegenstände mit einem Wochenausmaß von zehn bis zwölf Stunden, doch setzen sich diese Gesamtsummen aus allzuvielen 10 Einzelsummen zusammen: Bürgerkunde, Unterrichtspraxis, eine fremde Hauptsprache, Geographie, Geschichte mit Volkswirtschaftslehre — eine Verbindung, die als Entgegenkommen an die materialisi-

stische Geschichtsauffassung warm zu begrüßen ist — Naturgeschichte, Physik, Chemie, Mathematik, Psychologie und Logik, Turnen, soll jeder Schüler alle Jahre hindurch betreiben und dazu noch Wahlgegenstände — das muß zer- splintern, statt Anlagen planvoll erziehen, muß in der Praxis zur gedächtnismäßigen Aneignung, statt zum Erarbeiten führen. Denn auch die Lehrer sind in der Ueberzahl nicht Meister ihres Berufes, sondern ehrliche, man verzeihe das Wort, Handwerker und dieser Anzahl von Gegen- ständen gegenüber werden sie, namentlich bei starken Klassen, nicht Führer, sondern nur Ein- pauker sein können. Schüler, die zum aktiven Erfassen angeleitet worden sind, werden sich in jeder, auch der fremdesten Materie bald zurechtfinden, Darbietung von zu viel Materie aber läßt ein aktives Erfassen nur sehr schwer auskommen. Wie es gemacht werden soll, zeigt der Stundenplan der fünften, abschließenden Ober- klasse. Der kennt nur sechs bis acht Gegen- stände und dient damit der Vertiefung, statt der Verbreiterung.

Der Sprachunterricht, dessen Grund- züge besonders vielen Anfeindungen ausgesetzt sind, unterscheidet zwischen Unterrichts-, Natio- nalitäten- und Fremdsprachen. Je eine Natio- nalitätensprache der Republik soll an den Unter- klassen systematisch, an den Oberklassen bloß in zweistündigen praktischen Kursen, hingegen sollen die Fremdsprachen auch oben nach wissen- schaftlichen Grundsätzen ausführlich gelehrt werden. Da weder das Tschechische, noch das Deutsche und Magyarische unter den Fremdsprachen angeführt werden, ergibt sich der Widerspruch, daß Absolventen einer tschechischen Mittelschule über die russische oder serbische, nicht aber über die deutsche, Absoluten einer deutschen Anstalt nicht über die tschechische Literatur und Kultur werden Auskunft geben können. Damit könnte eine der wichtigsten Brücken zur Völkerverständigung abgebrochen werden, es müssen also die „Nationalitätensprachen“ im Lehrplan den „Fremdsprachen“ gleich- gestellt werden. Ob das Stundenausmaß zur Erlernung der Sprachen genügt, wird vom Sys- tem und von der Lehrerbildung abhängen, die Rückgeleiten der Fachgelehrten heißen hier herzlich wenig.

Diese Lehrerbildung macht durch den Entwurf zweifellos einen gewaltigen Schritt nach vorwärts. Während bisher in die Lehrerbildungs- anstalten neben Mittellosen vielfach Schüler strömten, die in Gymnasium und Realschule nicht vorwärts kamen, soll künftighin eine Auslese bes- serer Mittelschüler die einjährige „pädagogische Akademie“ bevölkern und deshalb darf auch der Lehrplan an sie theoretisch und praktisch bedeuten- dere Forderungen stellen. Ueberhaupt, ohne gründliche Reform der Lehrerbildung gibt es — weder auf der unteren, noch auf den mittleren und obersten Stufen — keine Unterrichtsreform, daß die konservativen Schulmeister aus vergan- genen Zeiten in neue Schläuche ihren alten Wein gießen, hat wirklich und wahrhaftig keinen rech- ten Zweck.

Der Entwurf, wie er nun einmal vorliegt, muß, das sei zusammenfassend gesagt, zwei Bedenken überwinden: Durch Verbindung mit der Schulautonomie darf er nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß im Besonderen der Verwirklichung kulturelle Volksgüter geschädigt werden könnten. Und dann muß er die Leit- gedanken der modernen Pädagogik schärfer und eindeutiger hervortreten lassen. Rücksichten auf das Alte und halbe Kompromisse nehmen auch den neuen, zukunftsreichen Ideen die begehrteste Schwungkraft. Es gilt, klar zu sehen, was man will und kann, und das so Geschaute konsequent durchzuführen. Eine Enquete aller berufenen Faktoren, von Lehrern, Wissenschaftlern, Psychologen und Vertretern der Elternschaft aller Klassen und Volksstämme, wird den Beamten, die bis- her dem Entwurf Pate gestanden sind, die Sicher- heit geben können, daß die gesamte Bevölle- rung gründliche und einschneidende Änderungen im Schulbetriebe wünscht, sie wird ihnen auch in

manchem die Richtung zeigen können und so ergibt sich als letzter Wunsch, daß das Schulministerium sich im Einvernehmen mit der gesamten Öffentlichkeit an dem begangenen Wert weiter- baue. Nicht dekretieren, sondern sich als Volk- zugsorgan des Volkes fühlen, dessen beste Zukunft es gilt, muß in Schulfragen das erste und letzte Gebot sein. d. g.

Inland.

Die tschechischen Sozialdemokraten und Foch. Das „Pravo Lidu“ kam es sich nicht ver- sagen, der Welt zu berichten, wie begeistert Foch in Prag aufgenommen wurde. In jeder Nummer kam man da von dem „begeisterten Spalier, das Foch durchführte“, von den „Ovationen, die ihren Höhepunkt erreichten“ und ähnliches mehr lesen. Dabei kann alle amtliche Schönfärberei nicht darüber hinweghelfen, daß der Empfang Fochs kläglich ausgefallen ist. Außer den zu „Nagdar“ und „Bive le maréchal“-Rufen kom- mandierten Beamten der Stadt Groß-Prag und den Fleischhauern und Sekttern, die in Solol- uniform ausgerückt waren, war von einer Begei- sterung nichts zu merken. Der Empfang war ein solcher, daß selbst der „28. Rijen“ den Mißerfolg einseht, und davon spricht, daß der Empfang hie anders ausfallen könnte. Dessen ungeachtet aber schwimmt das „Pravo Lidu“ in Begeisterung. Ein anderes tschechischsozialdemo- kratisches Blatt, die Brüner „Straž Social- ismu“, äußert ihre Meinung über den Foch- besuch in unwehnlöcher und ganz entgegen- gesetzter Weise. Das Brüner Blatt sagt: „Am Tage, da Lana in Trauer gehüllt war, kam in Prag Marshall Foch an. Feierliche Begrüßung, Militärparade, patriotische und amtlliche Begeisterung, während in Lana der erkrankte Körper einer Frau lag, deren Trachien und Sinnen den entgegengesetzten Weg ging, auf dem Foch schreitet. Hier die glänzende Uniform und der Säbel, die stolze Geißel, Fahnen und Ruhm, dort der einfache mit Blumen bedeckte schwarze Sarg. Hier das Herz eines Soldaten, das harte Herz eines Eroberers, dort das Herz einer Humanistin, die die Welt in die Banden der Brüderlichkeit schlagen wollte, ein Herz, welches sich mit seiner Kraft die Liebe von Millionen anderer Herzen eroberte. Zwei Namen, zwei Programme, zwei Wege. Das tschechischsozialistische Proletariat wird sich nicht auf den Weg des Kriegesruhmes verteilen lassen, es wird nicht hinter dem Programm Fochs gehen, welches die Negation des Programms ist, auf dem unsere Republik aufgebaut ist. Das Proletariat wird nicht den Weg gehen, der eingekammt wäre von Denkmälern der Kriegesgefallenen, son- dern den Weg zum Sozialismus, den auch die Frau gegangen ist, die heute den ewigen Schlaf am Lanoer Friedhof schläft.“ Wenn sich das Proletariat nicht auf die Wege Fochs begeben wird, so wird dies sicherlich nicht das Verdienst der tschechischen Sozialdemokraten sein, die im „Pravo Lidu“ der Welt von den „begeisterten Ovationen des Volkes“, das dargestellt war von den hiezu kommandierten Beamten Groß-Prags, erzählten.

Wie war das bei der Fochparade? Daß es bei dem Empfang Fochs nicht geklappt hat, lassen so manche tschechische Blätter, gestern ist dies zum Beispiel der „28. Rijen“, durchbliden. Das genannte Blatt meint nämlich, daß die Militärparade am Jnvalidenplatz fast mit einer Blamage geendet hätte. Auch der Abgeordnete Dyl spricht in den „Marodni Listy“ davon, daß am Jnvalidenplatz eine Mißgestalt eingetreten sei. Das tschechische Pressebüro, das ja so ausführlich die gar nicht vorhandene Begeisterung der Welt einreden wollte, hat über die Vorfälle am Jnvalidenplatz nichts gemeldet.

Der Abgeordnete Johannes und die Auf- lösung des Schuhmacherverbandes. Das kom- munistische „Rude Pravo“ veröffentlicht in

seiner gestrigen Nummer zur Auflösung des Schuhmacherverbandes unter anderem folgen- des: „Der Vollzugsausschuß der tschechischso- zialistischen Sozialdemokratie und der tschechische sozialdemokratische Abgeordneteklub hielt über die Auflösung des Schuhmacherverbandes eine Beratung ab, die sich auch mit unserer Behaup- tung, daß die Auflösung auf Einschreiten des Abgeordneten Johannes erfolgt ist, beschäf- tigte. Abgeordneter Johannes leugnete, daß er mit der Auflösung des Verbandes etwas zu tun hätte. Da aber sowohl der Abgeordneteklub, als auch der Vollzugsausschuß der tschechischen Sozialdemokratie nicht daran glauben konnte, daß das Innenministerium aus wichtigen Grün- den eine Gewerkschaftsorganisation auflöst, wurde Abgeordneter Johannes dem Mini- ster Malypetr vorgeführt und mit ihm kon- frontiert. Minister Malypetr erklärte in An- wesenheit der sozialdemokratischen Führer und des Abgeordneten Johannes, daß er mit Joha- nis über die Auflösung des Schuhmacherverban- des verhandelt habe, aber nicht mit Johannes als Person, sondern als Vorsitzenden der par- lamentarischen Fraktion. Er habe den Eindruck gehabt, daß hinter dieser Aktion die ganze Partei stehe und forderte, daß die Angriffe in der sozial- demokratischen Presse gegenüber ihm aufhöre.“ Es wird nun am Abgeordneten Johannes liegen, sich zu dieser schweren Beschuldigung zu äußern und wenn dieser schweigen sollte, müßte wohl die tschechische sozialdemokratische Partei sprechen.

Schule und kein Ende. In jüngster Zeit haben sich im Landesschulrate zwei Fälle ereignet, die deutlich beweisen, daß das Landesschulrats- präsidium sich seiner Verpflichtungen als Wähler der Interessen der Schulen, insbesondere der deutschen Schulen, nicht bewußt ist. Der Landes- schulratsvorsitzende hat die Reduzierung der deut- schen Volksschulen in Jechin und Kollé- schowitz (Bezirk Pedersom) auf zwei Klassen verfügt, ohne Rücksicht darauf, daß diesen Volks- schulen voll ausgebildete Bürger- schulen an- geschlossen sind. Die Bürger- schule, die in ihrem Standorte Pflichtschule ist, sollte ein über die Volksschule hinausgehendes Lehrziel ermöglichen. Wie aber soll dies erreicht werden, wenn die Unterrichtsmöglichkeit in der Volksschule, an welche sich die Bürger- schule anschließt, in einer Weise herabgemindert wird, welche selbst die Er- reichung des Lehrzieles der Volksschule fast un- möglich macht? Eine Kürzung des Unterbaues für die Bürger- schule auf zwei Klassen aber be- deutet einen Rückschritt, welchen sich eine Behörde, die für das Schulwesen zu sorgen hat, nicht zuschulden kommen lassen sollte. Sowohl die Volksschule in Jechin, wie die in Kolléschowitz hat in heutigem Schuljahre ihren besten Schüler- stand erreicht. Aber selbst heuer ist die Kinder- zahl in den einzelnen Klassen nur um ein ganz geringes unter 60 gefallen, so daß mit Rücksicht auf die bestehende Bürger- schule ohne weiteres die Erleichterungsbestimmungen des ersten Absatzes des Paragraphen 7 des kleinen Schulgesetzes durch den Landesschulratsvorsitzenden in Anwendung gebracht hätte werden können. Es ist doch gewiß nicht notwendig und kann auch mit Ersparungs- gründen nicht gerechtfertigt werden, daß in sol- chen Fällen, in denen es sich um den Unterbau für Bürger- schulen handelt, nach der Auflassungs- schablone vorgegangen wird. Abg. Genosse Hoff- mann richtete im Abgeordnetenhause an den Unterrichtsminister eine Anfrage, ob er bereit ist, diese Auflassungsverfügung des Landes- schulratsvorsitzenden in den beiden geschiederten Fällen zu beheben und Weisungen zu erlassen, daß an Orten, in denen sich an Volksschulen Bürger- schulen als Pflichtschulen anschließen, von der schablonenmäßigen Reduzierung der Volksschulen abzusehen und von den zitierten Ausnahms- bestimmungen des kleinen Schulgesetzes Anwen- dung zu machen sei.

Gegen die politische und wirtschaftliche Re- aktion. Gestern abends fand in Außig eine von unserer Partei veranstaltete öffentliche Versamm- lung statt, welche die Besprechung der politischen

In Memoriam

des ersten deutschen Parlamentes.
(Diejenigen, welche die Revolutionen nur halb machen, graben selbst ihr Grab.)
Mirabeau.

Nur mit gemischten Gefühlen können wir an das erste deutsche Parlament zurückdenken, das heute vor 75 Jahren in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat. Wir können an diese Versammlung nicht ohne Groll und Bitter- keit zurückdenken, denn sie war wie kaum je eine zweite gleich bedeutsame ein „Parlament“ im schlechtesten Sinne des Wortes, eine Konstituante, in der nur geredet wurde, die in fast zwei Jahren ihres Bestandes nichts hervorbrachte was als Tat gewertet werden kann. Und doch fällt dieses Parlament unter den vielen demokratischen Körperschaften, die seit der großen Revolution von 1789 in Europa Geschichte machten — oder oft nur spielten — auch in gutem Sinne auf. Es war einzigartig in seiner Zusammenfassung. Unter den 400 Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. waren die besten Köpfe der Nation, waren Männer wie Arndt, Uhlend, F. Th. Vischer, Moritz Hart- mann, Jakob Grimm, Dahlmann, Baitz, Dro- sen, Raumer, Robert Blum, Karl Vogt und ein gutes Duzend anderer, deren Namen in Kunst, Politik und Wissenschaft einen guten Klang haben. Sie hat ein Volk den Großen des Geistes mehr Vertrauen geschenkt als das deutsche Volk. Und wir denken schließlich nicht ohne Stolz und

Begeisterung an das erste deutsche Parlament, weil es bei all seinen Fehlern und Mängeln, trotz der täglichen Rolle, die es zuletzt spielte, doch das einzige Revolutionsparlament war, das vor 1919 in Deutschland tagte und weil es bis heute die einzige parlamentarische Körperschaft geblieben ist, die Vertreter des gesamten deutschen Volkes vereinigte. Was uns heute ein vielleicht noch fernes Ziel ist, war vor dreiviertel Jahr- hundert der Verwirklichung nahe. Wenn wir daher heute an den 18. Mai des Sturmjahres 1848, an dem um die dritte Nachmittagsstunde die Ab- geordneten des deutschen Volks aus allen Teilen des zerrissenen Reiches unter Beschüttdonner und Glockenläuten, umflattert von den schwarz-rot- goldenen Trifloren der deutschen Revolution, die Paulskirche betreten, um das freie Groß- Deutschland zu schaffen, zurückzudenken, so ist unser Erinnern ein ernstes und feierliches Gedenken an eine zwar verlorene, aber doch nicht ganz un- rühmliche und nicht umsonst geschlagene Schlacht. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahr- hunderts begannen die Erfindungen und Ent- deckungen, auf die der menschliche Geist im ewigen Selbsterhaltungstrieb verfallt, wie einst am Aus- gang des Mittelalters das Tempo der Entwick- lung von Wirtschaft und Gesellschaft sprunghaft zu beschleunigen. Der Triumph der Maschine brachte die kapitalistische Wirtschaftsform zum Ausreifen und als notwendige Folge dieses Sys- tems spaltete sich die Gesellschaft in eine herr- schende und eine ausgebeutete Klasse. Doch galt es, bevor sich dem Kapitalismus freie Bahn öffnen konnte, die Reste des Feudalismus zu be- seitigen; daher war die Bourgeoisie selbst noch

revolutionär. Wie sich vor 1789 die bürgerliche Aronde in Frankreich stark nation- l fühlte, weil ihre wirtschaftlichen Interessen Niederbrechung der provinziellen Zollgrenzen, Aufhebung des Staatsgebietes, Erwerbung von Kolonien und Teilnahme an der Beherrschung des Meeres ge- boten, so wurde auch das deutsche Bürgertum im Vormärz in nationale Pohnen geleitet. Sollten der deutsche Bergbau mit seinen Kohlenlagern in Schlesien, Sachsen und West- falen, mit den rheinischen, alpinen und schlesi- schen Erzfeldern, mit den Salzlager von Stäp- furt, die deutsche Industrie mit den Textilgebieten am Rhein und in Sachsen, mit der Glas- und Porzellanerzeugung in Weihen und Böhmen, die Webereien der Hanfsattele und die kleinen erst entstehenden Industrien in ganz Deutschland wachsen und gedeihen, so mußte Deutschland ge- einigt, ein großes Erzeugungs- und Absatzgebiet geschaffen werden. Aus diesem Streben heraus entstand zuerst der deutsche Zollverein und es ist bezeichnend für das Verständnis, das man den Zusammenhängen zwischen Wirtschaft und nation- aler Politik entgegenbrachte, daß sich unter Hoff- mann von Fallersleben „Unpolitischen Liedern“ eines befindet, das diesen Zusammenhang launig befaßt. Daß die zum politischen Leben erwachende Arbeiterschaft die Einigung Deutschlands wünsch- te, ist selbstverständlich, denn sie war eine Vor- aussetzung des Erstarkens des Proletariats. Alle diese Forderungen gewannen Leben, als in Frankreich die Revolution ausbrach und bald auch Mitteleuropa in Gärung brachte. Schon Ende März 1848 tagte in Frankfurt am Main ein Parlament, das die Einberufung einer ver-

fassunggebenden Nationalversammlung beschloß. Das ist nüchtern gesehen und vom Pathos nicht verhüllt, die Vorgeschichte des ersten deutschen Parlamentes. Zwei Tage vor Eröffnung des Parlamentes in der Paulskirche schrieb Friedrich Theodor Vischer an einen Freund: „Ich will kein „einiges Deutschland“ mit hungerten Bauern und Arbeitern.“ Die klaren Worte des großen Redneren streifen das Hauptproblem der deut- schen Revolution, zeigen scharf die Klippe, an der sie scheitern sollte, den Klassengegensatz im revolutionären Volk. Lange täuschte man sich in Frankfurt über die großen Hindernisse, die der Einigung Deutschlands im Wege standen. Man redete von der Freiheit, von der nationalen Größe, vom einigen Deutschland und ließ dabei die Reaktion groß werden. Man stritt darum, ob Preußen oder Oesterreich im neuen Reiche füh- ren sollten, und mißachtete die Warnungen der Linken, die von allem Anfang in der Republik die einzige Lösung der deutschen Frage sah. Vergebens warnte der alte Uhlend davor, der deut- schen Eiche „ein Brutnest erblicher Reichsadler“ aufzupflanzen. Vergebens rief Freiligrath, als sich das revolutionäre Wien in höchster Not be- fand, um Hilfe: „Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht, o Deutschland, ein Erbeben, o Deutschland, eine Tat!“ Die Frankfurter Par- lamentarier wollten mit der Wiener Revolution offiziell nichts gemein haben. Indes sie in der Paulskirche redeten, handelte der General der schwarz-gelben Reaktion; auf den Wällen von Wien entschied Windischgrätz die deutsche Frage. Einer der Besten von Frankfurt, Robert Blum,

England und Rußland.

Eine Unterredung Krassins und Curzons.

London, 17. Mai. (AP.) Krassin hatte heute im auswärtigen Amte mit Lord Curzon eine Unterredung. Die Fragen, um deren Behandlung es sich jetzt nach dem Eintreffen der russischen Antwort handelt, sind folgende: 1. In der Angelegenheit der englisch-russischen Propaganda, über deren Existenz das britische Memorandum Beweismaterial enthält, fordert die britische Regierung Entschädigung und Abberufung der verantwortlichen Sowjetbeamten. Auf diese Forderung hat die russische Note nicht geantwortet und sich damit begnügt, auf verschiedene Fälle angeblicher antiholländischer Tätigkeiten hinzuweisen. 2. In der Angelegenheit der gewalttätigen Behandlung britischer Untertanen fordert die britische Regierung im Falle des Frau Davidson und der Frau Harding Entschädigung. Die Sowjets behaupten, daß diese Zwischenfälle nicht unter dem Inhalt des Handelsabkommens fallen, bieten aber Entschädigung an, falls auch Großbritannien jene Russen entschädigt, die in Indien

und an anderen Orten eingekerkert sein sollen. 3. In der Frage der Fischerfabrikage fordert die britische Regierung Entschädigung für den Verlust eines Schiffes und die Freilassung der Besatzung zweier anderer, ferner das Versprechen, daß die Dreimeilenzone der Küstengewässer respektiert wird. Rußland ist bereit, die zurückgehaltenen Schiffe freizugeben, bietet aber keinerlei Entschädigung an. Es schlägt in einem Falle eines verlorenen Schiffes die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vor und beantragt eine Konferenz, die über die Frage der Dreimeilenzone entscheiden würde. 4. Die russische Antwort bezieht sich nur in einem Punkte u. zw. in der von der britischen Regierung aufgestellten Forderung, daß die Sowjets die antiholländischen Noten widerrufen, die sie seinerzeit dem englischen Vertreter in Moskau, Weinstein, als Antwort auf das Eindringen der englischen Regierung, zugunsten der kirchlichen Würdenträger forderten.

Sage zum Thema hatte. Die Versammlung war die erste öffentliche Kundgebung in den neuen Volkshäusern und war außerordentlich stark besucht. Es referierten die Genossen Bölling und Bölling über die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sich ausbreitende Reaktion. Besonders Genosse Bölling führte eine Reihe von Tatsachen an, die sich auf die Drosselung des deutschen Schulwesens bezogen und deutlich den reaktionären Charakter des jetzigen politischen Kurses aufzeigten. Die Versammlung sang in den einmütigen Willen aus, eine Vereinigung der Kräfte des Proletariats herbeizuführen und begründete von diesem Standpunkt aus das Zustandekommen des Hamburger Sozialistengesetzes.

Aus der Deutschen Nationalpartei. Die Parteileitung der Deutschnationalen hielt vor einigen Tagen eine Sitzung ab, in der unter anderem auch zur Frage der Gemeindefragen Stellung genommen wurde. Es wurde beschlossen, bei den Wahlen „grundsätzlich eigene Parteilisten“ aufzustellen. Die Beteiligung der Partei an gemeinsamen Listen soll „nur in ganz bestimmten Fällen zulässig“ sein. Welche bestimmte Fälle das sind, wird allerdings in dem für die Presse bestimmten Kommuniqué nirgends gesagt.

Verpflegungskosten in Mähren. Welche Belastung die Verpflegung der mährischen Gemeinden zur Zahlung eines Drittels der für ihre mittellosen Angehörigen in den öffentlichen Kranken- und Irrenanstalten aufgewandten Verpflegungskosten bedeutet, zeigt das Beispiel der Gemeinde Röwerdorf. Diese Gemeinde hat an Verpflegungskosten geleistet:

für das Jahr 1919	2.225 K 40 h
für das Jahr 1920	5.580 K 20 h
für das Jahr 1921	12.908 K 67 h
und soll für das Jahr 1922 zahlen	8.528 K — h

somit insgesamt 29.251 K 27 h

Es reicht somit die im Jahre 1921 in der Gemeinde vorgeschriebene Staatssteuer per 12.064 K nicht einmal hin, um das Verpflegungskostendrittel per 12.908 K 67 h für dieses Jahr zu bezahlen. Insgesamt wird die direkte Steuer von drei Jahren per rund 36.000 K nicht genügen, um die Verpflegungskosten für die obigen 4 Jahre zu bezahlen, da in der vorstehenden Zusammenstellung nur die Verpflegungskosten der Irrenanstalten nicht auch jene der übrigen öffentlichen Krankenanstalten angeführt sind. Die Gemeinde Röwerdorf ist deshalb nicht in der Lage, das Verpflegungskostendrittel für das Jahr 1922 zu bezahlen, nachdem sie erst am 19. April 1923 für das Jahr 1921 12.908 K 67 h gezahlt hat. Es ist klar, daß die Entlastung der mährischen Gemeinden von der Verpflichtung zur Leistung des Verpflegungskostendrittels notwendig und unaußschlößbar ist. Unso fonderbarer muß es anmuten, daß der Landesverwaltungsaußschuß in Prag vor kurzem die Ausdehnung der Verpflichtung zur Leistung des Verpflegungskostendrittels auch auf die Gemeinden in Böhmen und Schlesien angeregt hat.

Internationale Handelskonferenz in Prag.

Prag, 17. Mai. (Tsch. P.-B.) Das britische Parlament entsandte zur Konferenz nach Prag eine hervorragende Delegation, in der das ganze Präsidium des Handelsausschusses des britischen Parlamentes, der ehemalige Minister Lord Kerrest, Sir Archibald Williamson, das Mitglied des geheimen Rates Sir Evelyn Cecil und außer den angeführten 20 Mitglieder der britischen Handelskammer vertreten sind. Die Delegation wird Samstag um 10 Uhr 40 Min. in Prag eintreffen. Die italienische Delegation wird am 21. Mai um 7 Uhr früh eintreffen. Sie ist sehr bedeutungsvoll, da in ihr Minister Giorgini, ehemaliger Minister und Staatsrätin, im ganzen 15 Parlamentsmitglieder vertreten sind.

verblutete in der Brigittenau als Opfer der 1. I. Denker. Schredlich! deutlich wurde den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung jetzt die Wahl, vor die sie gestellt waren. Sie mußten entweder vom legalen Kampfe zur offenen Revolution übergehen und sich mit dem Proletariat auf Tod und Leben verbünden oder auf die großdeutsche Lösung endgültig verzichten.

Das deutsche Bürgerum wog die materiellen Vorteile und Nachteile ab; die nationale Einigkeit, über die man soviel geredet, die man Jahrzehnte hindurch belungen hatte, ward zu leicht befunden. Der Ausschlag der wirtschaftlich zurückgebliebenen österreichischen Provinzen fiel nicht ins Gewicht. Das deutsche Bürgerum verzichtete auf die revolutionäre und damit auf die großdeutsche Lösung der nationalen Frage in Mitteleuropa. Was dann noch folgte, konnte man eine Komödie nennen, wenn es nicht zu traurig wäre, die Rumpfparlamente von Erfurt und Stuttgart, die von Österreich erzwingende Erneuerung des deutschen Bundes, das Ringen zwischen Preußen und Österreich, in welchem Bismarck siegen mußte, weil die herrschende Klasse seit dem Frühjahr 1840 schon für ihn arbeitete. Als die Entscheidung mit den Waffen folgte, schien noch eine Möglichkeit zur Umkehr zu bestehen. Scharfsichtig erkannte damals Bebel, daß das deutsche Proletariat den Sieg Österreichs wünschen müsse, weil ein siegreiches Preußen viel mehr als ein siegreiches Österreich die Macht zur Reaktion festigte. Als um die Mittagstunde des glühenden 3. Juli 1866 Benedel auf der Höhe von Chlum die Chancen eines Angriffes seiner Reserven abwog, stand die deutsche

Tages-Neuigkeiten.

Marshallsgerede.

Foch und Hindenburg.

Foch sagte am Montag in Prag: „Als wir unsere Waffen in siegreichem Sturm gegen den Rhein trugen, geschah dies für die Unabhängigkeit aller unterdrückten Nationen. Wir haben für die Sache der Freiheit gekämpft. Sie haben uns gezeigt, in welchem Geiste vorgegangen werden muß. Wenn der Tag kommen wird, an welchem wir noch einmal für die Freiheit kämpfen werden, werden wir dies so wie in der Vergangenheit tun und rechnen auch mit Ihnen.“

Hindenburg ließ sich zugleich gegenüber amerikanischen Journalisten so vernehmen: „Wir werden Vergeltung haben, und wenn es hundert Jahre dauert, denn die Geschichte wiederholt sich. Und was ich mehr als alles in der Welt wünsche, ist, daß ich selbst noch einmal die Waffen gegen Frankreich ergreifen dürfte.“

Der Berliner „Vorwärts“, der diese beiden Marshallskreden einander gegenüberstellt, bemerkt hierzu: Herr Foch, der immerzu „für die Freiheit kämpft“, gewährt einen ebenso grotesken Anblick wie Herr Hindenburg, der durchaus „noch einmal die Waffen ergreifen“ will. Mögen sie, die während des Krieges in weichen Betten geschlafen haben, einmal persönlich gegeneinander mit Handgranaten losgehen, vielleicht gewöhnen sie sich nachher die dummen Reden ab.“

Fochs Abschied von Prag.

Mittwoch abends speiste Marshall Foch bei General Wittelsbacher, dann fuhr er, geleitet von Beneš, Malypetr, Ubrzl, Schramel, Boga usw. von dannen. Was Malypetr dem Marshall zum Abschied sagte, ist im Bericht des Tschsch. Pressbüros verzeichnet. Zu erkennen ist nur, daß die Rede Malypetr's auf den Ton gestimmt war: „Wir halten fest und treu zusammen!“ Foch dankte in kurzen Worten und versicherte dem Minister, die Aufnahme, welche er in Prag gefunden habe, habe ihn tief ergriffen. Das tschechoslowakische Volk könne sich auf das französische verlassen, ebenso wie sich das französische auf das tschechoslowakische verläßt.“

Die Gemahlin des Bürgermeisters Dr. Boga und das Mitglied des Stadtrates, Frau Novakova-Machova, überreichten dem Marshall Blumenbündel. . . . Unter den Klängen der französischen Militärmusik „Oh Mabelon“ und heroischen Kundgebungen der Anwesenden fuhr der Zug nach Bratislava.“

Frage noch einmal auf Messers Schneide. Als die kaiserlichen Regimenter abends geschlossen, nach Königgrätz zurückzogen, war das Werk, das am 18. Mai 1848 verheißungsvoll begonnen hatte, verrichtet. Mit Blut und Eisen schuf Bismarck Klein-Deutschland, Groß-Preußen. „Das Band ist zerbrochen, war schwarz, rot und gold —“ galt für die fünf folgenden Jahrzehnte. Gerweh großte: „Ihr mein einzig zu sein, weil die Knechtchaft sich verallgemeinert“, Freiheitlich verwand es nicht: „Die Republik trotz alledem, habi ihr bis heute nicht gemacht.“

Das deutsche Bürgerum hat die nationale Frage nicht gelöst. Das Proletariat hat die Aufgabe zu vielen anderen übernommen. Es kämpfte und kämpft weiter für die großdeutsche Republik. Jene aber, die am 18. Mai 1848 als überzogene Revolutionäre in die Paulskirche einzogen und ihren Grundgesetzen treu blieben bis zum schlimmen Ende, haben ein Antrecht darauf erworben, von uns nicht vergessen zu werden. Derrum sollen wir heute auf wenige Augenblicke die Not und Sorge unserer Zeit zurückstellen und sollen uns umbliden nach den Männern, die ihr bestes an eine verlorene Sache gaben. Wir haben keinen Grund, uns unserer Vorgänger und Parteigänger in der Paulskirche zu schämen. Wir haben nicht Zeit, um Vergangenes zu trauern, wir haben keine Ursache, uns über Mißlungenes zu freuen. Was uns heute geziemt, ist ein kurzes, deutliches und achtungsvolles Gedenken, ein stiller Gruß: dem Gedächtnis der Frankfurter Väter. Emil Franzel.

Ein tschechisches Heldenlied. Zur Begrüßung des Marschalls Foch hat der Barde der tschechischen Legionen Oberst Rudolf Medel ein Lied verfaßt, das vollen Anspruch darauf hat, das moderne tschechische Heldenlied genannt zu werden. Es beginnt: „Wir wollen dich sehen an Rhein, in Berlin, in Wien, in Prag, in Budapest und am schönsten wäre es, wenn wir uns in Moskau die Hände reichen könnten — so rufen aller unser Herzen. . .“ und so fort mit Grazie. Der Marschalledant für diesen tschechischen Schladingsang, zu dem sich in feierlicher Weise das slowakische Herz des Dr. Aramarky in der geistigen „Kardoni Democraie“ (wo denn sonst?) bekennt, blieb nicht lange aus. Foch faunste nicht, bei der ersten Gelegenheit — nämlich bei der Gedenkparade am Jnrvaldenplatz — die Brust des Dichtersobersten Medel mit dem Orden der französischen Ehrenlegion zu dekorieren. Natürlich bekam auch Herr Medel den üblichen Marschallsstich als Trauhschabe. Wohl bekommen!

Die landwirtschaftliche Ausstellung in Prag. Vom 16. bis 23. Mai findet in Prag eine von der tschechischen landwirtschaftlichen Gesellschaft veranstaltete landwirtschaftliche Ausstellung statt. Auf dem großen Platz vor dem Palast des Ausstellungsgeländes in Prager Baumgarten ist die Abteilung für landwirtschaftliche Maschinen, in der man viel Neues sieht. Imposant ist insbesondere die Explosion der riesenhafte Dampfplüge, die die Vorstellung einer auf technischer Höhe befindlichen rationalen Wirtschaft geben. Aber auch die ausgestellten landwirtschaftlichen Maschinen die Kartoffelfortierer, Milch- und Buttermaschinen sind sehenswert. Auch das Ministerium für Landwirtschaft beteiligt sich an der Ausstellung und hat über Bodenreform, Kolonisation, Lohnverhältnisse, der landwirtschaftlichen Preise der landwirtschaftlichen Artikel instruktives Ausstellungsmaterial aufgestellt. Ebenso sehenswert ist die Abteilung der tschechischen landwirtschaftlichen Gesellschaft selbst. Auch die Ausstellung des landwirtschaftlichen Schulwesens zeigt die hohe Stufe, die diese für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Schulart erreicht hat. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Ausstellung sowohl für praktische Landwirte als auch für Volkswirte recht interessant ist.

Wieder einer. Vor einigen Wochen wurde in Graz ein kaum den Kinderfüßen entwachsenen Mädchen wegen eines Sittlichkeitsverbrechens aufgegriffen und dem Jugendamt übergeben. Als man im Jugendamt darüber nachforschte, wieso es mit dem Kinde so weit gekommen sei, gab dieses zur Antwort, daß es schon im Alter von acht Jahren vom Kaplan Steyer geschändet und verdorben wurde, wodurch es allen sittlichen Halt verlor. Die Behörden beschafften sich daher näher mit der Person des Kaplans Steyer, der in Kumberg bei Graz Kaplan und Katechet der dortigen Schule ist. Die gepflogenen Erhebungen führten zur Aufdeckung eines neuen Verbrechens des Kaplans. Dieser stellte nicht nur den Frauen und erwachsenen Mädchen von Kumberg nach, sondern verging sich auch an Schulmädchen. So hat er zwei achtsjährige Mädchen an sich gelockt, sich mit ihnen im Walde herumgetrieben und dort an ihnen Schändlichkeiten begangen. Wegen dieser Verbrechen hatte sich nun Steyer dieser Tage vor dem Landesgericht in Graz zu verantworten. Die Anklage lautete auf Verbrechen der verurteilten Notzucht und Schändung. Nach geheim durchgeführter Verhandlung, zu der der famose Kaplan nicht erschienen war, verurteilte der Richter den Wüstling zu sieben Monaten Arrest bedingt (!) auf drei Jahre. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die bedingte Verurteilung auf Grund dessen erfolgt sei, daß der Kaplan glänzend beschriebenen (!) und besenmundet (!) war. Die bedingte Zurechnung der Strafe hat in allen Kreisen der Bevölkerung von Graz große Erregung hervorgerufen, da der Kaplan Steyer als Frauen- und Mädchenjäger in der ganzen Umgebung vom Kumberg bekannt ist. Das bischöfliche Ordinariat war sogar auf das Treiben des Kaplans aufmerksam gemacht worden und mußte ihn aus Kumberg nach Anger bei Birkfeld verjagen, weil er in Kumberg unnötig geworden war. Nichtsdestoweniger hat es ihn „glänzend“ beschrieben.“

Hakenkreuzlerangriff auf Tulln. Wie aus Tulln berichtet wird, kam es am letzten Sonntag in dieser Stadt zu einer Schießerei der Haken-

kreuzler, die nach Tulln einen ihrer bekanten „Ausflüge“ in voller militärischer Ausrüstung unternommen hatten. Sie trafen am Samstag nacht in Neuwald ein, marschierten von hier nach Königstätten, wo sie eine militärische Nachtübung abhielten. Sonntag früh zogen dann die Hakenkreuzler, an die dreihundert Mann stark, nach Tulln, wo sie noch eine Übung abhielten. Am Sonntag nachmittag wurden auch in Tulln Plakate für eine Hakenkreuzerverammlung am Sonntag nachmittag angeschlagen. Erst jetzt erfuhr die Arbeiterschaft in Tulln, daß es die Hakenkreuzer auf einen militärischen Einbruch in die Stadt abgesehen hatten. Einige Hakenkreuzler zogen auch demonstrativ ihre Revolver aus der Tasche heraus; die von den Arbeitern aufmerksam gemachte Gendarmerie schritt jedoch gegen diese bewaffneten Hakenkreuzler nicht ein. Schließlich begab sich eine Abordnung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre des Ortes zum Bezirkshauptmann, um bei ihm wegen des militärischen Einbruches der Hakenkreuzler Beschwerde zu führen. Der Bezirkshauptmann bobnte dann Verhandlungen zwischen unseren Genossen und den Hakenkreuzlern an. Die Hakenkreuzler wollten bei diesen Verhandlungen auf den Vorschlag unserer Genossen nicht eingehen, in einem bestimmten Gasthause zu bleiben, damit Zusammenstöße vermieden werden könnten. Trotz der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen kam es jedoch während der Versammlung selbst zu keinem Zusammenstoß, da die Arbeiterschaft der Versammlung fernblieb. Nach der Versammlung marschierten die Hakenkreuzler in geschlossenem Zuge zum Bahnhof. Dabei wurden angeblich von unbekanntem Tätern einige Steine auf den Zug geworfen. Die Hakenkreuzler begannen nahe beim Bahnhof zu schießen; im ganzen wurden sechs Schüsse von ihnen abgefeuert. Nur einem Unfall ist es zu verdanken, daß niemand verletzt wurde. Die Gendarmerie, die die Hakenkreuzler zum Bahnhof begleitete, nahm einen der Schießenden in Haft. Auf dem Bahnhof fand man auch einen Teil der militärischen Ausrüstung eines Hakenkreuzlers, nämlich einen Knudsch, in dem sich zwei Leuten und eine Pistole zum Abschließen von Leuchtsignalen befanden, die der Hakenkreuzer am Bahnhof verloren hatte.

Die richtige Antwort. An einem sogenannten Bittage fanden in Luditz eine Anzahl Menschen, die lieber beten statt arbeiten, bei einer „Station“, als ein Bauer mit einem Wagen dahergefahren kam und Floh beehrte. Ein Bauer mahnt ihn, er möge nur ein wenig warten und ein wenig miltieren, es sei ja für die Feldfrüchte, die vor allem auch das Getreid brauchen. Da lacht der Bauer und sagt: „Was, das Gebet? Der Mist ist die Hauptsache auf den Feldern!“

Stenographie als Pflichtfach in Bayern. Nach Mitteilungen des bayerischen Kultusministers bezieht die Absicht, mit Beginn des nächsten Schuljahres das System Gabelsberger als Pflichtfach an den bayerischen Schulen einzuführen.

Tausend chinesische Räuber aus Hunan sind, wie Reuter aus Hankau meldet, in der Umgebung der Stadt erschienen, als Preis ihres Abzuges forderten sie 150.000 Dollars und die Lieferung von Munition. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Unruhen. Jeder Zug der Sirede Peking-Hankau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren. Der chinesische Dampfer „Tschün“ ist auf der Fahrt von Hongkong nach Schanghai von Seeräubern überfallen worden. Den Seeräubern fielen dabei 60.000 Dollars in die Hände. Sie verließen am folgenden Tage das Schiff und fuhren auf einem Fischerfischzeug davon.

Erleichterung des Fremdenverkehrs nach Bayern. Auf Grund der zahlreichen Beschwerden über die Behinderung des Fremdenverkehrs hat sich nun auch die bayerische Regierung bewegen lassen, Erleichterungen im Sinne der Richtlinien der Reichsregierung zu gewähren. Es werden also Visa ohne Angabe eines triftigen Reisegrundes erteilt und die Gebühren in den allgemein üblichen Grenzen festgesetzt werden.

Der 18. b. M. in Karlsruhe mit einem Begrüßungsabend eröffnet. Am Samstag, 9 Uhr vormittags, beginnen die wissenschaftlichen und sachlichen Beratungen. Anmoderationen sind bereits erfolgt von: Deutscher Juristentag Berlin, Deutscher Anwaltsverein Leipzig, Anwaltskammer in Prag und Brien, Handelskammer Eger und Reichenberg, Mitglieder der juristischen Fakultät der deutschen Universität in Prag, Ständiger Ausschuß der Staatsangehörigen mit Hochschulbildung, Abgeordnetenklub der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei usw. — Der Vorklausurausschuss am Freitag eine Anzahl an oder beim Bahnhof, wo sich alle Teilnehmer des 1. Deutschen Juristentages zu treffen haben. Sie erhalten dort die gedruckten Gutachten, die Anschrift der zugewiesenen Wohnung und das gedruckte Programm ausgefolgt. Noch nicht angemeldete Teilnehmer können sich auch noch in dieser Kanzlei melden. Das Programm wurde noch um einen Vortrag des Dr. Julius Buzgl-Graz über „Das österreichische Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Annehmungen, seine Ziele und Erfolge“ bereichert. In der Eröffnungsansprache werden Ausschüsse eingesetzt, z. B. für die Organisationsfrage und die Zeitdriftensfrage, welche in der Schlußsitzung über das Ergebnis zu berichten haben werden.

Die Ausbeutung der Stellenbewerberinnen. Vom Landeszentralarbeitsamt in Prag III., Lomnaska 4 wird uns mitgeteilt: „Wau einer gültigen Entscheidung der politischen Landesverwaltung in Prag von Dezember 1919 haben konfessionelle Stel-

Lebensmittellieferanten kein Recht, von Umverteilung außer einer genau festgelegten Einlage abgesehen, irgend ein Honorar für die Platzierung zu fordern. Trotzdem laufen beim Aste in der letzten Zeit wieder zahlreiche Beschwerden ein, daß viele Kaufleute von umgekehrten Verhältnissen, insbesondere höherer Kategorien (Kaufmann, Personal u. s. w.) bis in Hunderte von Kronen reichende Honorare fordern und die Zahlung energisch verweigern. Das Landeszentralarbeitsamt macht daher all betroffenen Bewerberinnen aufmerksam, Fälle solcher unberechtigten Ausbrotung für am besten persönlich jedesmal sofort zu melden. Mithinige Beschwerden über erledigte Raten sind mir zuzubringen. Es ist zu bedenken, daß sich noch Arbeiter befinden, welche so gewissenlos sind, daß sie an private Lebensmittellieferanten sich wenden obwohl gerade für das Fach der höheren Frauenberufe im Rahmen der öffentlichen Lebensmittellieferanten Arbeitsvermittlung besonders gut vorgelegt ist. Dieses Fach ist dem Landeszentralarbeitsamt für Frauenberufe höherer Kategorien in Prag II, Cde des Prager und Myskova ul. (Telephon 5822), unterstellt. Das Bureau hat u. P in den ersten vier Monaten d. J. 378 Bewerberinnen untergebracht, darunter unter anderem 8 Buchhalterinnen, 59 Kompositistinnen, 37 Korrespondentinnen, 36 Verkäuferinnen und Kassierinnen, 28 Kassistenten, 33 Praktikantinnen, 81 Kinderkränken, 43 Stützen der Hausfrau, 21 Schreinerinnen, 21 Stenographinnen, 21 Erzieherinnen und Lehrkräfte u. s. w. Darunter kann man doch erwarten, daß das Bureau mit qualifizierten Bewerberinnen aller Fächer disponiert. Abgesehen von der gesetzlichen Pflicht, jede freie Arbeitsstelle der betreffenden öffentlichen Arbeitsvermittlungsbüro zu melden, ist es bei der heutigen Existenznot eine Gewissenssache, wenn sich ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin findet, die zu einem privaten Vermittler gehen und dort die ausgenommene Arbeitskraft ein blutiges Honorar zahlen lassen, obwohl sie oft dieselbe Kraft ohne Kosten für beide Teile aus dem öffentlichen Stellenvermittlungsbüro aufnehmen könnten.

Erstreckende Zunahme der Tuberkulose in Deutschland. Nach den Angaben des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland starben in den deutschen Städten mit über 100.000 Einwohnern an Tuberkulose im ersten Quartal 1923: 18.0, 1922: 18.2, 1923: 20.8 auf je 10.000 Einwohner. Sehr bedauerlich ist der verhältnismäßig große Anteil von Kindern bis zum 15. Lebensjahre. In der Berliner Universitäts-Kinderklinik hat Professor Caerny eine erschreckende Zunahme charakteristischer Erscheinungen beobachtet, die sonst im Kindesalter nicht häufig sind und nur in den Kriegsjahren in großer Zahl auftraten. Die Kinder sind sehr mager, sie sind nicht mehr gezeitet werden können. In dem Geschäftsbereich des Zentralkomitees heißt es u. a.: „Unter dem steigenden wirtschaftlichen Druck, der zu einer Verelendung weiter Schichten unseres Volkes führt, und zwar gerade solcher, die früher nicht zu den Unbemittelten zählten, und fremde Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen brauchten, verliert sich der Gesundheitszustand des ganzen Volkes, auch der noch im Erwerbsalter Stehenden und ihrer Familien, dauernd; die Notlage der Erwerbslosen und der infolge von Krankheit oder Alter Erwerbsunfähigen aber nimmt eine geradezu katastrophale Entwicklung. Trotz außerordentlicher Tätigkeit der in der Tuberkulosefürsorge tätigen Ärzte, Schwestern und sonstigen Hilfskräfte nimmt die Tuberkulose in erschreckender Weise zu.“

Festsetzung der Gemüsepreise. Das Ernährungsministerium hat im Einvernehmen mit der politischen Landesverwaltung folgende Höchstpreise für das Frühjahrsgemüse festgesetzt: für eine volle Kiste Karfiol 6 Kronen im gross, 8 Kronen im Detail, für einen Bund (6 Stück) Kohlraben 5 Kronen im gross, 7 Kronen im Detail, Grünkohl 8 Kronen im gross, für ein Kilogramm 10 Kronen im Detail, Spinat 70 Heller pro Kilogramm im gross, eine Krone im Detail, Gartensalat pro Kopf im gross 30 bis 40 Heller, im Detail 70 bis 80 Heller, Feldsalat pro Kopf im gross 10 bis 20 Heller, im Detail 30 bis 40 Heller. Für Gurken wurden vorläufig keine unüberbreitbaren Preise festgesetzt, es wurden bloß 5 Kronen im gross und 7 Kronen im Detail als Richtpreise bestimmt. Die angeführten unüberbreitbaren Preise sind bereits heute, den 18. Mai l. J., in den Markthallen gültig. Jede Ueberschreitung dieser Preise wird als Wucher streng bestraft.

Wort an einem Vergarbeiter. Auf einem Feldstück der von Schlesiens Ostsee nach Radwanitz führenden Straße wurde die Leiche des 38-jährigen Vergarbeiters Ferdinand Strutka mit mehreren Wunden an der linken Schläfe aufgefunden. Am Tatort fand sich am Nachmittag eine behördliche Kommission ein, doch konnte nicht festgestellt werden, ob die Wunden von Schüssen herrühren oder durch Messerstiche verursacht worden sind. Bei der Leiche wurde weder Geld noch irgend eine Waffe vorgefunden.

Artistenobd. In Zbich bei Königshof stürzte am Sonntag die Frau des Seiltänzers Blondin, die mit ihrer kleinen Tochter eine halbberühmte Produktion mit einem Fahrrad auf dem Sattel vorführte, aus einer Höhe von zehn Metern herab. Das Schicksal geriet und die Unglückliche blieb mit zertrümmertem Schädel und gebrochenen Gliedern bewußlos liegen. Ihr Töchterchen fiel auf sie und brach sich die Hand. Die Seiltänzerin starb nach der Einlieferung ins Königshofer Krankenhaus. Ihr Sohn erlitt vor zwei Jahren das gleiche Schicksal.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt. Auf einem Neubau in Celakowitz wurde Mittwoch der Arbeiter Franz Doboda von einem Schlepplwagen, der auf ihn stürzte, erdrückt. Die Untersuchung ergab, daß dem Unglücklichen die Wirbelsäule gebrochen wurde.

Kleine Chronik.

Luftpostdienst zwischen London und New York.

London, 17. Mai. (M.) Es wird berichtet, daß die Unternehmer des projektierten Luftpostdienstes zwischen London und New York auf eigene Rechnung einen Versuchsfahrt unternommen werden, um so die Durchführbarkeit des ganzen Planes zu beweisen, für den sie die Unterstützung der britischen Regierung wünschen. Zu diesem Zwecke sollen Flugzeuge von verschiedener Größe für die verschiedenen Teile der ganzen Luftlinie verwendet werden. Stärkere Maschinen werden für den Flug zwischen den Azoren und Halifax und schwächere Maschinen für den Flug zwischen Halifax und New York notwendig sein.

Zeitungstransport durch die Luft. Die Beförderung von Zeitungen mit Flugzeugen, die in Berlin schon vor Jahren praktisch durchgeführt worden ist, soll nun auch im Ausland eingerichtet werden. Die englische Luftfahrergesellschaft „Flight“ hat den Vorschlag gemacht, die Londoner und Pariser Tageszeitungen den beiden Hauptstädten gegenseitig auf dem Luftweg zuzustellen. Es könnten dafür kleine, einfache Maschinen in Dienst gestellt werden, die keine hohen Betriebskosten haben. In England steht man dem Projekt im Hinblick auf die möglichst rasche Verbreitung der eigenen Presse im Ausland günstig gegenüber und es sind Bestellungen im Gange, den Zeitungstransport zwischen London und Paris durch die Luft schon in nächster Zeit zu verwirklichen.

Katastrophaler Hagelsturm in Polen. Montag wütete über der Stadt Kolomea ein Hagelsturm, der katastrophale Wirkungen hatte und auf den Feldern bei Kolomea Milliarden Schäden verursachte. Einzelne Hagelstücke waren bis 35 dq. schwer. Der Sturm hat einen Eisenbahnzug vor Kolomea zum Stehen gebracht, wobei mehrere Personen durch Hagelschlag verletzt wurden.

Haifische an der englischen Küste. In der letzten Zeit wurde an der englischen Küste die Anwesenheit zahlreicher Haifische bemerkt, die unter der Fischerbeobachtung großen Schaden verbreiteten und bereits große Verluste verursacht haben. Dieser Tage ist es gelungen, eines dieser Riesentiere zu erlangen, das sechs Meter lang war und 3000 Kilo wog. Aus den Fischereireisen ist man an das Unterstaatssekretariat für die Handelsmarine herangegangen, um zu veranlassen, daß Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Spinnewebe als Seidenersatz. Schon Roamure hat ausgerechnet, daß 663.322 Spinnweben nötig wären um aus ihnen Gespinnst ein Pfund „Seide“ zu gewinnen, ein Gespinnst, das dabei nicht einmal die Hälfte wirklicher Seide haben würde. Trotzdem hat man in den verschiedensten Zeiten versucht, aus den Spinnweben der Spinnen seidenartige Gewebe zu verfertigen. Es ist auch neuwings gelungen, einen Faden aus Spinnweben herzustellen, der fester, aber feiner als ein echter Seidenfaden ist. In exotischen Ländern gibt es übrigens Spinnen, die recht beträchtliche Mengen Spinnweb liefern. So ließ man nach den Angaben des bekannten Zoologen W. Marshall von 22 Spinnen in noch nicht ganz zwei Stunden einen Faden spannen, der 1800 Fuß lang war und der von einer Haspel aufgenommen wurde, die mit Dampf betrieben war. Eine einzige amerikanische Kreuzspinne soll einen Faden von 3489 Ellen Länge spannen können.

Das Erdbeergift. Die demnächst beginnende Erdbeerzeitung läßt es angebracht erscheinen, darauf hinzuweisen, daß der Genuß der süßlichen Frucht nicht für jedermann zuträglich ist. Kindern unter zwei Jahren sollte man überhaupt keine Erdbeeren zu essen geben. Auch Personen, die zu Gicht, Rheumatismus, Herz- und Hautkrankheiten oder Leberleiden neigen, tun besser, auf den Erdbeergenuß zu verzichten. Denn die Erdbeere erzeugt bei den dafür prädestinierten Personen Reizmittel, einen mit Temperaturerhöhung verbundenen Hautausbruch, der oft so stark auftritt, daß er die äußerliche Erscheinung des Scharlachs vorläßt. Im allgemeinen neigen blonde Individuen häufiger zu Nesselsucht als brünette. Erdbeeren sind das wirksamste Vereenobst und werden infolgedessen auch am leichtesten zerquälcht. In dies geschieden, so bildet sich unverzüglich ein Exanthem, das die schädlichen Wirkungen hervorruft, während völlig unbeschädigte Personen diese Gefahr anscheinend nicht bergen. Früher konnte man der Gefahr des Nesselfiebers leicht und billig dadurch entgehen, daß man die Erdbeeren mit Schlagschnee ab, weil durch das Fett die giftige Wirkung paralysiert wurde. Die verarmten Mitteleuropäer können sich heutzutage diesen beschönigenden Luxus aber nicht mehr leisten, und deshalb werden alle diejenigen, die zur Nesselsucht neigen, lieber sich dem Erdbeergenuß verweigern.

Ein neues afrikanisches Raubtier. Wie aus dem Distrikt am Kenia in Ostafrika gemeldet wird, ist es einem amerikanischen Sportmann namens Burge geglückt, nördlich vom Kilimandscharo ein seltsames Tier zu erlangen, das in der wissenschaftlichen Welt noch ganz unbekannt ist und von den Eingeborenen Mandi-Bär oder „Aket“ genannt wird. Es ist eine wilde Biene die den Menschen mit unvorhergesehener Wut angreift und äußerlich Ähnlichkeit mit der Hyäne hat, von der sie sozusagen eine verkleinerte Ausgabe darstellt. Der Mandibär besitzt Nacken, Kiefer und Gebiß, die mächtiger sind als die des Bären, und er hat ein Fell, das wie das der Hyäne gestreift ist. Der Rücken ist breit und fällt nach hinten ab. Dem Hals umgibt eine starke Mähne, deren Haare, wenn das Tier gereizt wird sich aufrichten und wie die Stacheln eines wütenden Stachelschwanzes emporragen. Beim Angriff läßt das Tier ein lautes pfeifendes Geräusch hören.

Gerichtssaal.

Aus Not das Kind ermordet.

Vor dem Schwurgerichte in Eger hatte sich am Dienstag die 35-jährige Private Emma Müller aus Lichtenthal wegen Verbrechen des Kindes mordes und versuchter Verleitung zur Abtreibung zu verantworten. Nach der Anklageschrift hat die Angeklagte am 27. Februar d. J. in Lichtenthal ein uneheliches Kind ohne Beihilfe einer Hebamme geboren. Sie ließ das Kind solange unter der Decke liegen, bis es erstickt war. Das tote Kind gab sie dann in einen Topf und warf es am nächsten Tage in den sogenannten Mühlteich in Lichtenthal, wo es auch gefunden wurde. In der Anklageschrift wird der Angeklagten weiter zur Last gelegt, daß sie den Arzt Dr. Joschauer zur Abtreibung verleitete.

Bei der dienstägigen Verhandlung gab die Angeklagte zu, daß das Kind lebend zur Welt gekommen sei und daß sie dessen Tod absichtlich herbeigeführt habe. Sie sei arbeitslos und in Not gewesen und da sie schon lange keine Arbeitslosenunterstützung bezog, wäre ihr das Kind im ferneren Erwerbe hinderlich gewesen. Sie schämte sich auch weiter vor ihren schulpflichtigen Kindern der Niederkunft eines unehelichen Kindes.

Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte nach dem Verdichte der Geschworenen wegen Kindes mordes durch Unterlassung des nötigen Bestandes bei der Geburt, woraus der Tod des Kindes erfolgte, zu einem Jahre schweren Kerkers bedingt mit einer Bewährungsfrist von vier Jahren.

50 burgenländische Landarbeiter vor Gericht.

Ein Niesenzug vor dem Wiener Landesgericht. Am Mittwoch wurde vor dem Landesgericht in Wien ein Prozeß zu Ende geführt, in dem sich 50 burgenländische Landarbeiter — unter ihnen 16 Frauen — wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und wegen Hausfriedensbruches zu verantworten hatten. Aus der Anklageschrift und aus den gepflogenen Erhebungen ergibt sich folgende Vorgeschichte des Prozesses: Der Land- und Forstarbeiterverband jubete seit Herbst dieses Jahres Verhandlungen wegen eines Kollektivvertrages der Landarbeiter im Burgenland. Diese Verhandlungen zerfielen sich und es blieb nichts übrig, als Einzelkollektivverträge abzuschließen. Auf denjenigen Gutsherrschaften, auf welchen auch dies nicht gelang, kam es im März und April zu wilden Streiks. Die Gutsherrn ließen nun, teils um billigere Arbeiter zu haben, teils um gegen die Streiks gerüstet zu sein, Landarbeiter aus der Slowakei kommen.

Es waren die Verhältnisse im Burgenland, als am 27. April um die Mittagstunde auf der Schwertfischen Gutsherrschaft Frauentrachen 60 slowakische Arbeiter, geleitet von zwei Gendarmen, erschienen, die auf dem Meierhofe Lader und Nutzebracht werden sollten. Die Arbeiter der Schwertfischen Gutsherrschaft hatten zwar auch keinen Vertrag abgeschlossen, waren jedoch nicht in den Streik getreten. Der Arbeiterverband von Tabor bemängelte sich daher bei der Ankunft der Slowaken eine ungeheure Erregung, umso mehr, als im Orte selbst sich 150 arbeitslose deutsche Landarbeiter befanden. Die Arbeitervereine verhielten sich spontan, ohne vorhergehende Verhandlung die Feldarbeit und kam mit ihren Geräten in den Gutshof. Vor der Kanzlei des Verwalters, der zwei Gendarmen zu seinem Schutze beordert hatte, kam es nun zu erregten Kundgebungen. Schließlich gab der Verwalter einer Deputation, die den Abtransport der Slowaken forderte, die Zusage, daß er an den Oberverwalter nach Frauenkirchen telephonieren werde. Die draußen harrende Menge gab sich jedoch mit dieser Zusage nicht zufrieden und schloß eine neue Abordnung in die Kanzlei. In der Kanzlei begannen plötzlich die dort postierten zwei Gendarmen das Lokal mit gefälltem Bajonett zu „räumen“ und stürmten dann in die aufgeregte Menge hinein. Es kam zu einem Zusammenstoß, Fensterstücken gingen in Trümmer und den beiden Gendarmen wurden die Gewehre entziffen.

Am Abend langte dann ein Lastauto mit sechzehn Gendarmen ein, die sofort Verhaftungen vornahmen. Die Verhafteten wurden in den Hof des Gemeindeamtes zusammengetrieben, wo sie im stürmenden Regen bis zum Morgen bleiben mußten. Das Protokoll mit den Verhafteten wurde gleich in der Nacht aufgenommen und die Gendarmen verfuhrten dabei äußerst brutal.

Soweit die Anklageschrift. Bei der Verhandlung, die zwei Tage dauerte, stellte es sich heraus, daß die Gendarmen auch Arbeiter verhaftet hatten, die sich nichts zuschulden kommen ließen, so daß nach Abschluß des Beweisverfahrens der Staatsanwalt gegen 18 Angeklagte die Anklage zurückzog. In das rechte Licht wurde der Prozeß jedoch durch die Mitteilungen des burgenländischen Landtagsabgeordneten Genossen Till gerückt, der Auffklärung darüber gab, auf welche Weise die Unternehmer im Burgenland die Abschließung der Verträge sabotierten und sich lieber fremde Arbeiter ins Land holten, obwohl alljährlich zahlreiche arbeitslose Landarbeiter das Land verlassen müssen, da sie keine Arbeit finden können. Bei dem Zusammenstoß in Tabor haben die Arbeiter die mit gefälltem Bajonett vorgehenden Gendarmen entwaffnen müssen, um Blutvergießen zu verhindern.

Von den 50 Angeklagten wurden nach durchgeführtem Beweisverfahren 29 freigesprochen. Elf Angeklagte wurden wegen öffentlicher Gewalttätigkeit durch Entwaffnung der Gendarmen zu einem bis vier Monaten schweren Kerkers, zehn Angeklagte wegen Hausfriedensbruches zu einem bis zwei Monaten strengen Arrestes bedingt verurteilt.

Telegramme.

Dr. Beneš, der Foch-Berliner.

Paris, 17. Mai. (Havas.) „Petit Parisien“ veröffentlicht ein Interview seines Prager Berichterstatters mit dem Minister des Aeußern Dr. Beneš, in dem dieser auf die Bedeutung der Reise des Marschalls Foch hinwies und erklärte, daß tiefe Gefühle die Tschechoslowakei mit Frankreich durch die Persönlichkeit Fochs als Symbol des Siegers im Weltkriege verbinden. Auf der Friedenskonferenz hatte Marschall Foch für die tschechischen Forderungen immer Unterstützung. Foch sollte im Frieden wie auch im Kriege die Verkörperung der Idee der Einheit der Alliierten sein. Weiters erklärte Minister Dr. Beneš, daß das polnisch-tschechische Einverständnis notwendig sei, das durch das Schicksal bestimmt sei, und daß es dazu kommen werde. Es seien nur geringe Tatsachen, um die sich jetzt 45 Millionen Menschen streiten. Zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich herrscht jetzt Uebereinstimmung nach einem Kampfe, der 300 Jahre dauerte, und zur Lösung einer verhältnismäßig geringen Frage mit Polen sei es noch nicht gekommen. Um dies zu ermöglichen, sei es notwendig, die Prestigepolitik aufzugeben und die Streitigkeiten durch eine reale Politik beizulegen. (Der berühmte „Friedensfürst“ Marschall Foch spukt also auch im Gehirn des Dr. Beneš oder stellt sich der wenigstens so. Ob die Wohnung zur Uebersicht von der „Prestigepolitik“ bei Dr. Pramarsh und den Seinen auf freundschaftliches Gehör finden wird, darf man frohlich bemerken. Sie werden vielleicht die Antwortfrage weiter bemühen, um Beneš Schwereigkeiten zu machen. D. R.)

Die Jaworinfrage im Sejm.

Warschau, 16. Mai. (Tsch. P.) In der heutigen Sitzung des Sejmenschiffes für auswärtige Angelegenheiten hielt Außenminister Strzyński ein ausführliches Exposé über die Jaworinfrage. Der Minister schätzte genau den Verlauf der Verhandlungen über die Jaworina und konstatierte, daß einzig und allein der Vorschlagerrat zur Entscheidung über die polnisch-tschechische Grenze kompetent sei. Das übrigens die von Poincaré unterfertigte Note vom 13. November 1922 schließt. Da der Vorschlagerrat in dieser Angelegenheit bis jetzt keinen definitiven Beschluß gefaßt hat, ist die Jaworinfrage noch immer strittig. Der Minister kam dann auf die Ausführungen des Außenministers Dr. Beneš vom 25. April zu sprechen und erklärte, daß die Stellungnahme Dr. Benešs im Widerspruch mit der erwähnten Note Poincarés stehe. Die Vernehmung Dr. Benešs, daß er bestreite, alle Meinungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu beseitigen, habe bei allen ernstesten Politikern Polens den besten Eindruck gemacht, und die feinerzeitige Debatte im polnischen Sejm im Herbst bewies, daß die Stellungnahme Dr. Benešs bei allen Sejmparteien volle Zustimmung finde. Der Minister polemisierte sodann mit dem Rechtsstandpunkt Dr. Benešs und beleuchtete den Beschluß des Vorschlagerrates vom 6. Dezember 1921 vom Standpunkte der polnischen Regierung. Minister Strzyński schloß sein Exposé mit der Erklärung, daß in der Jaworinfrage Polen nunmehr die Beseitigung der Entscheidung der Delimitationskommission durch den Vorschlagerrat erwarte. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher Vertreter mehrerer Parteien teilnahmen, hat der Ausschuss die folgende vom Abgeordneten Offieci (Volkspartei Präst) eingebrachte Resolution angenommen: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten stellt im Sinne der Ausführungen des Ministers des Aeußern fest, daß die Rechtslage in der Jaworinfrage keineswegs eine Grundfrage zur Präjudizierung der Zugehörigkeit, der Jaworina zur Tschechoslowakei bietet und fordert die Regierung zur unentwegten Verteidigung und endgültigen Erledigung dieser Frage in aller kürzester Zeit durch den Vorschlagerrat auf.

Kammerwahlen in Litauen.

Kowno, 17. Mai. (Sta.) Bei den litauischen Kammerwahlen wurden gewählt: 14 Anhänger der landwirtschaftlichen Vereinigung, 14 christliche Demokraten, 15 Anhänger der Föderation der Arbeit, 15 Nationalsozialisten, 9 Sozialdemokraten und 14 Vertreter nationaler Minderheiten (Weißrussen, Juden, Polen.)

Die Türkei und Polen.

Lausanne, 17. Mai. Von türkischer und polnischer Seite wird offiziell mitgeteilt, daß die beiden Länder am Freitag Sonderverhandlungen in Lausanne eröffnen werden zum Zwecke der Wiederherstellung diplomatischer, konsularischer und kommerzieller Beziehungen.

Die Reaktion an den rumänischen Hochschulen.

Bukarest, 17. Mai. Die Universitätsstudenten von Jassy, Czernowitz und Klausenburg haben im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium beschlossen, die Universitäten und die Studenteneime bis zum 1. September zu schließen wegen der sich wiederholenden antisemitischen Unruhen.

Der Prozeß gegen die Mörder Birneders

Wien, 17. Mai. (Eigenbericht.) Vor einem Schöffengericht des Landesgerichtes begann heute der Prozeß gegen die fünf Salenkreuzler, die am 17. Februar nach einer monarchistischen Versammlung auf Arbeiter schossen und dabei den Genossen Birneder getötet und zwei andere Genossen schwer verwundet haben. Die fünf Angeklagten sind der 21jährige angebliche Schlosser Czermak, der 40jährige frühere Postbeamte Opicla, der 23jährige Geschäftsbdiener Bevilacqua, der 25jährige angebliche Maurer Groß und der 41jährige Schriftsteller Dietl. Nach der Anklage hat der ehemalige Oberleutnant Alexander Szabo eine sogenannte Sturmgruppe „Ostara“ organisiert, die mehr als 200 Mann zählte, und der ein früherer österreichischer Generalkonsul als Leiter vorstand. Die für diese Gruppe Angeworbenen wurden bezahlt, mit Waffen ausgerüstet und mußten sich für alle monarchistischen Aktionen bereit halten.

Die Angeklagten verantworten sich heute gleichmäßig und bringen sich vielfach in Widerspruch zu ihrer ersten Verantwortung, so daß es offenkundig ist, daß sie sich eine einheitliche Verantwortung zurechtgelegt haben. Als erster wird Czermak einvernommen, der sich selbst als Monarchist bezeichnet. Er behauptet, daß der erste Schuß von der Straße gefallen sei, er selbst habe, als er auf der rückwärtigen Plattform des Straßenbahnwagens stand, einen Schlag bekommen. Von wem der Schlag geführt wurde, kann er nicht angeben. Er gibt zu, drei bis vier Alarmschüsse, und zwar in wagherrlicher Richtung von dem dicht besetzten Wagen abgegeben zu haben. Er behauptet, daß er in Abwehr handelte, weil die Arbeiter losgeschlagen hätten.

Staatsanwalt: „Womit sollen die Arbeiter losgeschlagen haben?“

Angeklagter: „Das weiß ich nicht.“

Sodann behauptet Czermak, er hätte von der Straße einen Schuß gehört, worauf das Kommando fiel: „Hilfe, wir werden überfallen, gebt Feuer!“ Der Staatsanwalt erklärt, daß es sehr unglaubwürdig erscheine, daß in der Stunde der Gefahr solche unverständliche Befehlsprüche gebraucht würden.

Vorsitzender: „Waren Sie sich nicht klar darüber, welche furchtbare Waffe sie da gebrauchten? Bedenken Sie, neun Millimeter und dazu noch eine Reihe von Schüssen?“

Angeklagter: „Das habe ich nicht gewußt.“

Der Angeklagte wird dann gefragt, warum er die Schüsse gegen die Menge abgab und nicht in einer Richtung, in der sich keine Leute befanden.

Angeklagter: „Weil dort Häuser (!) waren.“

Der Angeklagte Opicla, der für die anderen „Ostara“-Mitglieder Fahrkarten gelöst hat, behauptet, daß er auf einen Schuß, der gefallen sei, auf die hintere Plattform gelaufen war. Er habe sich bedroht gefühlt und habe daher geschossen. Der Angeklagte will dann weiter nicht angeben, wer die Leute gewesen seien, die vor ihm gestanden sind und wo er hierauf übernachtet habe.

Staatsanwalt: „Wieviel Schüsse haben Sie abgegeben? Sie müssen doch die Zahl wissen?“

Angeklagter: „Ich möchte es ja nicht leugnen, wenn ich es wüßte. Auf einen Schuß kommt es ja nicht an.“

Staatsanwalt: „Sie hatten doch nicht das Recht, zu schießen.“

Angeklagter: „Ich hatte das Recht!“

Der Angeklagte Groß will gesehen haben, daß Arbeiter auf die Plattform drängen.

Der Angeklagte Dietl gibt an, daß er, als er Schüsse hörte, sich gebückt und in dieser Stellung drei Schreckschüsse abgegeben habe. Er hat gesehen, wie Bevilacqua und ein gewisser Schmiebl geschossen hätten.

Es werden dann die Zeugen einvernommen, unter denen sich auch Mitglieder der „Ostara“-Gruppe befinden. Diese sagen aus, daß sie arbeitslos gewesen sind, als man sie angeworben hat. Man versprach ihnen Arbeit und Geld. Es wurde von drei Millionen Kronen gesprochen. Später sagte jedoch Szabo, daß sie nichts bekommen werden. Sie wurden mit ihren Forderungen immer wieder vertröstet und konnten nie Arbeit bekommen.

Vorsitzender zu zwei Zeugen: „Warum haben Sie sich anwerben lassen?“

Die Zeugen: „Wegen des Geldes.“

Vorsitzender: „War es vielleicht doch aus Ueberzeugung?“

Zeugen: „Davon kann keine Rede sein.“

Die Zeugen gaben weiter an, daß sie von Szabo in der Marienkirche vereidigt wurden.

Es wurde im Laufe des Nachmittags eine große Menge von Zeugen einvernommen, die aber im allgemeinen wenig präzise Aussagen machen konnten, weil zur Zeit der Tat schon Nacht war. Aus den Aussagen geht aber hervor, daß der Angeklagte Bevilacqua, der geleugnet hat, geschossen zu haben, geschossen hat. Interessant sind die Aufklärungen über die Persönlichkeiten der Angeklagten. Der Angeklagte Czermak ist 20 Jahre alt, hat nur anderthalb Jahre das Maurergewerbe gelernt, wird von der Polizei als arbeitslos geschildert, läßt sich von seiner Mutter erhalten und hat in den Jahren 1921 und 1922 fünf Strafen wegen Diebstahls und Bagabundage verbüßt, und zwar von 24 Stunden bis zu vier Monaten. Er bezeichnet sich als überzeugten Monarchisten. Obula macht schon zwei Jahre keinen Dienst, weil er suspendiert ist. Groß nennt sich ebenfalls Maurer; auch er hat nur anderthalb Jahre gelernt und war dann Hilfsarbeiter. Auch der 21jährige Bevilacqua ist Hilfsarbeiter, die beiden waren lange arbeitslos und erklärten sich als überzeugte Monarchisten, die nicht darauf rechneten, Geld zu bekommen. Dietl ist ebenfalls ein Desperado, er hat Theologie studiert und war schon Seelforger, sprang wegen einer Weibergeschichte aus und versuchte es dann mit dem Universitätsstudium an allen Fakultäten, brachte es aber nirgends weiter. Er gibt vor, Schriftsteller zu sein, kann jedoch nicht die geringsten Angaben über seine journalistische oder schriftstellerische Tätigkeit machen.

Der Prozeß wird morgen weitergeführt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Aus einer kommunistischen Gewerkschaft.

(Nur kein Streik! — Defizitwirtschaft der kommunistischen Textilarbeiterorganisation.

Seitdem die Kommunisten in einigen Gebieten einen Teil der Arbeiter durch Phrasen und große Versprechungen aus den freigewerkschaftlichen Organisationen heraus und in die kommunistischen Gewerkschaften hineingelockt haben, weichen sie in jenen Gebieten, wo es ihnen gelungen ist, organisatorisch ein gewisses Uebergewicht zu erlangen, jedem herannahenden Kampf mit dem Unternehmertum beharlich aus. Aus dem einst so revolutionär sich gebärdenden „kompromißlosen“ Verschönerer der Arbeiterinteressen sind die kommunistischen Führer dort, wo sie nun mit Verantwortung beladen sind, Drückberger geworden, die den Kampf fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Das hat besonders die Textilarbeiterchaft jener Gebiete in letzter Zeit wahrnehmen können, wo — wie zum Beispiel im Reichsberger und Friedländer Bezirk — die Kommunisten die Mehrheit haben. In diesen beiden Bezirken wäre es schon auf Grund des vorangeführten Umstandes die Pflicht der kommunistischen Führer gewesen, bei den letzten Lohnverhandlungen im Interesse ihrer eigenen Mitglieder gegen die beschämten Lohnherabsetzungen mit allen Mitteln den Kampf aufzunehmen, um wenigstens die kommunistisch orientierten Textilarbeiter vor schweren Schädigungen zu schützen. Gerade in diesen Gebieten und bei diesen Lohnbewegungen wäre für die Kommunisten Gelegenheit gewesen, ihrem Anhang zu beweisen, daß sie ganz andere Kerle sind als die „reformistischen Gewerkschaftsbongens“, die — nach kommunistischer Darstellung — aus Furcht vor einem Kampfe mit den Unternehmern immer „pakteln“, wobei, wie kommunistischerseits immer behauptet wird, die Arbeiter „verraten“ werden.

Aber gerade in diesen beiden Bezirken hat es sich gezeigt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsführer alles andere, nur keinen ernstlichen Kampf mit den Unternehmern wollen, und daß sie — weit entfernt, ihrem revolutionären Getöse auch Taten folgen zu lassen — vor dem geschlossenen Unternehmertum einfach feige zu Kreuze kriechen und lehreren kampfslos das Feld geräumt haben. Trotz des vorhandenen Kampfwillens bei der Arbeiterschaft mußte diese infolge der Feigheit der kommunistischen Führer ohne ernstlichen Widerstand einen bedeutenden Lohnabbau über sich ergehen lassen; ja in Reustadt mußten es sich die Arbeiter der Firma Klingler, die alle kommunistisch organisiert sind, bieten lassen, daß sich dieser Unternehmer von dem Vertrage losgesagt hat, um freie Hand zu bekommen, und in Weigsdorf arbeiten die Mitglieder der kommunistischen Textilarbeiterorganisation sogar noch unter den jetzigen, ohnehin bedeutend verschlechterten Vertragslöhnen. (!)

Diese ihre, dem Unternehmertum gegenüber zutage tretende Nachgiebigkeit maskieren die kommunistischen Gewerkschaftsführer natürlich immer mit radikal klingenden Argumenten. Sie reden vom „Kussporen der Kräfte für spätere Kämpfe“ (denen sie dann wieder ausweichen); dann sagen sie, sie wollen kämpfen, aber nur, wenn der Kampf „auf breiterer Grundlage“ geführt wird (mit anderen Worten, wenn der „Generalstreik“ proklamiert wird), usw. Mit solchen Argumenten drücken sie sich um ernsthafte Kämpfe herum und lassen die Arbeiter, um sie immer bei der Stange zu halten, nicht zum Bewußtsein kommen, daß

sie an der Nase herumgeführt und ihre vitalsten Interessen kampfslos preisgegeben werden.

Das aber die Ursache für die kampfslose Preisgabe dieser Interessen nicht allein die offensichtlich gewordene Unfähigkeit der Führer in den kommunistischen Gewerkschaften ist, sondern daß nicht minder auch die finanzielle Unfähigkeit dieser Gewerkschaften eine Hauptrolle spielt, das zeigt uns ein Bericht, den „Der Arbeiter“, das Organ des Internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes in Prag (jenes kommunistischen Verbandes, dem auch die deutsche kommunistische Textilarbeitersektion in Reichenberg angeschlossen ist), in seiner Nummer vom 11. Mai veröffentlicht und der sehr interessant ist.

In diesem Berichte wird gesagt, daß die tschechische Textilarbeitersektion dieses Verbandes in der Zeit vom September bis Ende Dezember 1922 (also in vier Monaten) ein Defizit von 149.005,22 aufzuweisen hat, wobei aber die Gehälter für die Angestellten und die Quote für die Zentralverwaltung des allgewerkschaftlichen Verbandes noch nicht mit eingerechnet ist.

Nach diesem Berichte belaufen sich die Gesamteinnahmen der tschechischen Textilarbeitersektion für die oben angegebene Verwaltungsperiode an Beiträgen, Einschreib- und Beitrittsgebühren auf 253.822,84 Kronen, die Gesamtausgaben auf 402.828,13 Kronen. Die tschechische Textilarbeitersektion hat also in knapp vier Monaten ein Defizit von weit über 150.000 Kronen (wenn man die laut Bericht noch nicht eingerechneten Posten für Gehälter und Verwaltungsquote mit in Berücksichtigung zieht), und dieses Defizit wurde gemacht, ohne daß diese Sektion in der angeführten Zeit finanzielle Aufwendungen für einen Streik zu machen gehabt hat.

Diese wenigen Ziffern über die finanzielle Lage der tschechischen Textilarbeitersektion bringt für alle jene Arbeiter, welchen die gegenwärtige Kampfbewegung der Führer der kommunistischen Textilarbeitergewerkschaft unbegreiflich erscheint, teilweise des Rätsels Lösung, und es wird ihnen aus diesen Ziffern klar, daß, was wir schon immer behaupteten, die Kommunisten aus finanziellen Gründen gar keine Kämpfe führen können. Bankrotte Gewerkschaften sind den Unternehmern gegenüber einfach machtlos, werden daher nicht ernst genommen und die Arbeiterschaft, die sich solchen Gewerkschaften anvertraut, ist immer der Gefahr ausgesetzt, daß ihre Interessen im entscheidenden Moment kampfslos preisgegeben werden müssen.

Der Bericht des kommunistischen Blattes ist aber auch noch in anderer Hinsicht interessant. Es heißt dort bezüglich des Zusammenschlusses der deutschen und tschechischen Textilarbeitersektion des allgewerkschaftlichen Verbandes: „Es berührt die tschechische Sektion der Textilarbeiter sehr schmerzhaft, daß bis zum heutigen Tage noch kein Zusammenschluß der tschechischen und deutschen Sektion des Internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes stattgefunden hat.“

Das läßt darauf schließen, daß, obwohl die Führer der Reichsberger deutschen Textilarbeitersektion des allgewerkschaftlichen Verbandes ununterbrochen nach der Herstellung der Einheitsfront rufen, sie in Wirklichkeit diese Einheitsfront nicht einmal mit ihren tschechischen Verbänden- und Gesinnungsgenossen herzustellen bemüht sind, denn die Adresse, an die sich die tschechischen Kommunisten mit ihrer „schmerzlichen“ Feststellung wenden, ist in diesem Falle ja nur die deutsche Textilarbeitersektion in Reichenberg. Wir schlagen dem Reichsberger „Vorwärts“, der den im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften immer zu Unrecht „Separatismus“ und Nationalismus vorwirft, vor, zunächst einmal den Machern der Reichsberger kommunistischen Tex-

Mein Reisegefährte.

Von Maxim Gorkij.

1.
Im Hafen von Odessa ist er mir zuerst begegnet. Seine starke, breitschultrige Figur und sein vom einem hübschen kleinen Vollbärtchen umrahmtes Gesicht, mit unverkennbar laulackischem Typus, lenkte schon seit drei Tagen meine Aufmerksamkeit auf sich. Immer wieder tauchte er vor mir auf. Stundenlang sah ich ihn auf dem Granit der Molen stehen, wie er am Griffe seines Spazierstockes nogte und mit seinen traurigen, schwarzen, mandelförmigen Augen ins Wasser des Hafens blickte. Wohl zehnmal am Tage ging er im Schritt eines mühsigen Spaziergängers an mir vorüber.

Wer mochte er sein?

Ich fing an ihn zu beobachten. Als wollte er mich necken, so kam er immer öfter mir vor die Augen. Schließlich gewöhnte ich mich daran, ihn mit seinem modernen hellgrau karierten Anzug mit dem schwarzen Hülsenhut, mit seinem lässigen Gang und dem stummen aelangweilten Gesichtsausdruck von ferne zu erblicken.

Sein Erscheinen hier im Hafen war ganz unbegreiflich, hier in dem gelenden Gespfe der Dampfer und Lokomotiven, dem Rauseln der Ketten, dem Geschrei der Arbeiter, kurz dem ganzen toll-nerbösen Getriebe des Hafenslebens, das einen von allen Seiten umfängt. Hirn und Nerven abstumpfend. Alle Menschen hier im Hafen waren in der Anechtshaft des riesenhaften Organismus, der ununterbrochene Aufmerksamkeit und unaufhörliche Arbeit erfordert. Alles war in fieberhafter Bewegung zwischen den Dampfern und Eisenbahnwagen, mit Aus- und Einladen beschäftigt. Alle waren aufgeregt und ermüdet, alles rannte umher, schrie und fluchte, von Staub und Schweiß

bedeckt — und in diesem Arbeitsgewühl schritt langsam diese festsinnige Erscheinung umher, mit toblanweiligem Gesichte, gleichgültig gegen alles.

Als ich endlich am vierten Tage zur Mittagszeit wieder auf ihn stieß, da fakte ich den festen Entschluß, auf jeden Fall in Erfahrung zu bringen, wer er eigentlich sei.

Ich setzte mich, nicht weit von dem Fremdlina, mit einer Melone und einem Brote zum Mittagsessen nieder, heftete meinen Blick auf ihn und überlegte, auf welche unverfängliche Weise es möglich sei, ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen.

Er stand an einem hohen Teekessel gelehnt, ziellos ins Weite schauend und hantierte mit den Fingern an seinem Stoch herum, als ob es eine Pistole wäre.

Für mich der ich die Kleidung eines Vorkämpfers mit dem Abzeichen des Verladens auf dem Rücken trug und ganz mit Kohlenstaub bedeckt war, schien es schwierig, den eleganten Herrn zu einem Gespräch zu verleiten. Aber zu meinem Staunen sah ich, wie er die Augen nicht von mir abwandte, in denen ein unangenehmes gieriges, gewissermaßen tierisches Feuer brannte. Auf einmal wurde es mir klar — der Gegenstand meiner Beobachtung hatte Hunger. Ich blickte mich schnell um und fragte ihn leise: „Wollen Sie essen?“

Er erbehte, indem er wie ein Tier, wie mir schien, an die hundert kräftiger, gesunder Zähne zeigte, und schaute sich gleichfalls vorsichtig um.

Niemand nahm von uns Notiz. Da reichte ich ihm eine halbe Melone und ein Stück Weizenbrot. Er griff hastig nach beiden und verschwand damit hinter einem Warenhaufen. Zuweilen kam sein Kopf mit dem in den Nacken geschobenen Hut und der mühen Stirn, auf der die Schweißtropfen glänzten, zum Vorschein. Auf seinem Gesichte

strahlte ein breites Lächeln, und fortwährend nickte er mir zu, ohne auch nur eine Sekunde mit den Augen aufzuhören. Ich mochte ihm ein Zeichen, er solle auf mich warten und hief hin, um etwas Fleisch zu holen. Ich kaufte ein Stück, brachte es her, gab es ihm und stellte mich dann so neben die Kisten, daß mein armes Herrchen ganz vor fremden Augen geschützt war. Bisher hatte er beim Essen sich immer wie ein wildes Tier umgeben, als fürchtete er, man könne ihm ein Stück wegnehmen! nun aber sino er an ruhiger zu essen, wenn auch immer noch hastig und gierig. Mir tat es wehe, dem verhungerten Menschen zuzusehn und ich lehrte ihm den Rücken zu.

„Danke! Danke sehr!“ sagte er in gebrochener russischer Sprache, meine Schulter fassend. Dann ergriff er nach meiner Hand und drückte und schüttelte sie kräftig.

Nach fünf Minuten erzählte er mir schon seine Geschichte. Er war ein Grusiner, ein Fürst Schadro Prode, der einzige Sohn seines Vaters, eines reichen Gutbesitzers aus Autais. Er war in dem Bureau einer Station der transkaukasischen Bahn angestellt und hatte dort mit einem guten Besolonen zusammengewohnt. Eines Tages war dieser plötzlich mit dem Gelde und den Werksachen des Fürsten Schadro verschwunden. Der Fürst machte sich zu seiner Verfolgung auf. Zufällig erfuhr er, daß der Gelobene ein Bisset nach Batum gefloht habe, und so reiste er ebenfalls dorthin. In Batum aber stellte sich heraus, daß jener nach Odessa gefahren sei. Nun nahm Schadro der Post eines gewissen Bano Stabidze, eines Friseur und guten Bekannten von ihm der mit ihm in letztem Alter stand, dessen Signalement aber nicht auf ihn paßte, und reiste damit nach Odessa. Dort setzte er die Polizei von dem Diebstahl in

Kenntnis, die ihm versprach, sein Eigentum wieder zu beschaffen. Zwei Wochen hatte er schon gewartet, nun aber war sein Geld alle geworden, und heute war bereits der vierte Tag, an dem er keine Krume gegessen hatte.

Ich hörte seine aufrechtig klingende, mit Tränen vermischte Erzählung an, schaute ihm ins Gesicht, glaubte ihm, und der arme Junge tat mir leid. Er war noch ein Knabe, noch nicht 20 Jahre alt, seinem naiven Wesen nach konnte man ihn noch für jünger halten.

Wiederholt äußerte er seine tiefe Enttäuschung über den Spitzhaken, mit dem er vorher so viele Freundschaft eingeholt, und der ihm nun seine Sachen gestohlen habe. Sein strenger Vater, der alte Fürst, werde ihn gewiß mit Dolch totmachen, wenn er das Gestohlene nicht wieder bekomme.

Ich dachte bei mir: wenn man diesem Burschen nicht hilft, dann wird ihn gewiß die gierige Stadt verschlingen. Ich wußte ja, wie oft durch ganz unbedeutende Zufälle die Klasse der Russen vermehrt wird, und für den Fürsten Schadro waren alle Ausflüchte vorhanden, ein Mitglied dieser ehrenwerten, aber wenig geehrten Gilde zu werden. Darum hätte ich ihn gerne geholfen.

Mein bißchen Verdienst konnte aber für ein Bisset nach Batum nicht ausreichen. Deshalb ging ich in die Kontore, um mir ein Kreibillet für Schadro zu erbetteln. Mit gewichtigen Gründen wies ich nach, wie notwendig hier Hilfe sei mit ebenso gewichtigen Gründen wies man mich ab. Nun machte ich Schadro den Vorschlag, er solle sich an den Postseidirektor wenden und ihn um ein solches Bisset bitten. Er wurde verlegen und erklärte, da ginge er nicht hin.

1) Eigentlich Vorkämpfer, heimatlose Arbeiter der untersten Volksschichten.

2) Kaukasischer Volksstamm, bei uns gewöhnlich Georgier genannt.

(Fortsetzung folgt.)

An unsere Leser!

Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Hamburger Kongresses und das allgemeine Interesse, das diesem ersten Internationalen sozialistischen Kongress nach dem Kriege von allen Parteigenossen entgegengebracht wird, haben wir uns entschlossen, am Dienstag mittag eine Sonderausgabe des „Sozialdemokrat“ erscheinen zu lassen, in der wir die bis Dienstag vormittags vorliegenden Berichte veröffentlichen werden.

Arbeiteraktion wegen ihres separatistischen und nationalistischen Verhaltens den Standpunkt klar zu machen, bevor er seinen Schnabel an anderen weicht.

Die künftige Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen. Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat eine Vorlage unterbreitet, die eine völlige Umorganisation der Bahnen bedeutet. Aus den Bundesbahnen wird unter der Firma Österreichische Bundesbahnen ein eigener Wirtschaftskörper gebildet. Dieses Unternehmen ist juristische Person. Es hat das gesamte Vermögen der Bundesbahnen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten treuhänderisch zu verwalten. Es legt die Betriebsführung und alle damit verbundenen Rechtsverhältnisse der bisherigen Bundesbahnen-Verwaltung fort. Die Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen ist so einzurichten, daß die Ausgaben in den Einnahmen ihre Deckung finden, und so weit dies nicht möglich ist, wird der Abgang vom Bundeshaushalt gedeckt werden. Das Unternehmen hat nachstehende Organe. Den Vorstand und die Verwaltungskommission. Der Vorstand leitet das Unternehmen und vertritt es gerichtlich und außergerichtlich. Die Überwachung der Geschäftsführung der österreichischen Bundesbahnen und die Wahrung ihrer allgemeinen Interessen obliegt einer Verwaltungskommission, die von der Bundesregierung jeweils auf drei Jahre bestellt werden, und von denen jährlich ein Drittel ausscheidet. Bei der Aufnahme von Krediten, deren Rückzahlung sich auf mehr als 5 Jahre erstrecken, bedürfen die Bundesbahnen der Zustimmung des Bundesfinanzministers.

Ein neues Baumwollland. Kassala, die Hauptstadt des gleichnamigen Distrikts im ägyptischen Sudan, hat sich zu einem Zentralpunkt der landwirtschaftlichen Erschließung des Sudans entwickelt und ist auf dem besten Wege, seine Stellung als wichtigster Handelsplatz zwischen dem Nil und Abessinien zurückzuerobern. Die Provinz hat ein Areal von 120.000 Quadratkilometer bei einer Bevölkerung von nur 84.000 Köpfen. Für diese liefert sie die notwendigen Lebensmittel und hat darüber hinaus noch einen Exportüberschuß. Auch die Viehzucht hat sich in letzter Zeit so günstig entwickelt. Die Zukunft der Provinz beruht aber in der Entwicklung der Baumwollpflanzungen im Zusammenhang mit der Bewässerungsanlage, die man längs des Flusses des von der äthiopischen Hochebene kommenden Gash angelegt hat, und die dazu dient, die weite Ebene zu befruchten. Das geschieht außerdem durch die reichlichen Regenfälle, die dem Anbau von Baumwolle die besten Aussichten darbieten. Man berechnet, daß man im Verlauf von 10 Monaten 40.000 bis 50.000 Seklar Land der Baumwollkultur gewonnen haben wird, die einen Ertrag von mindestens 60.000 Ballen Baumwolle erwarten lassen.

Devisenkurse.

Prager Kurze am 17. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1313.—	1317.—
10.000 Mar.	7.10 00	8.19 00
100 belg. Frank. . . .	192.75	194.25
100 schweiz. Frank. . .	599.75	602.25
1 Pfund Sterling . . .	154.87.50	155.37.50
100 Lire	182.75.00	184.25.00
1 Dollar	38.87.00	39.20.00
100 franz. Frank. . . .	221.50	223.00
100 Dinar	35.25.00	35.7.00
10.000 ungar. Kronen . .	92.50.00	95.50.00
10.000 poln. Mar. . . .	6.55.00	7.55.00
10.000 österr. Kronen . .	4.60.00	5.10.00

Züricher Schlusskurse am 17. Mai.

	Gold	Ware
Paris	96.9 00	97.00 00
London	25.6 00	25.8 00
Berlin	0.01.18 00	0.01.23 00
Mailand	27.0 00	27.05 00
Holland	217.00	217.50
Wien	0.00.75.12	0.00.78.38
Budapest	0.10.12	0.10.82
Prag	18.52.50	18.55.00
New York	5.54 00	5.55 00
Belgrad	5.72.50	5.82.50
Warschau	0.01.13 00	0.01.18 00
Wien gelt.	0.00 00	0.00 00

Die tschechische Krone notiert in:
 Zürich Schw. Frank 16.55.00
 Berlin Mar. 14.00.00
 Wien österr. Kr. 2.115.00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute fünftes philh. Konzert. Achte Wähler-Symphonie. Anfang halb 8 Uhr. Samstag wegen Erkrankung von Richard Kubla Grillparzer's neuinszeniertes Märchendrama „Der Traum ein Leben“. Sonntag nachmittags „Die Bajadere“, abends die mit großem Beifall wiederaufgenommene neuinszenierte Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“. Pfingstmontag nachmittags das Studentenschauspiel „Alt-Heidelberg“, abends „Katja, die Tänzerin“.

Neuaufführung „Prinz Methusalem“. Eine der melodischsten Operetten von Johann Strauß „Prinz Methusalem“ gelangt in der nächsten Woche im Neuen Theater zur Aufführung.

Kleine Bühne. Heute Freitag und Sonntag nachmittags „Das blaue Wunder“; Samstag „Die kleine Sündenin“; Pfingstsonntag und Pfingstmontag abends „Leonie und Lena“; Pfingstmontag nachmittags „Eheurlaub“.

Literatur.

Zur Geschichte der Badenschen Sprachverordnungen vom 5. und 22. April 1897. Unter diesem Titel hat Dr. Paul Moslich im Verlage des Wissenschaftlichen Institutes für Kultur und Geschichte des Süddeutschlands, Wien 8, Fuhrmannsgasse Nr. 18a, soeben eine Studie veröffentlicht, die einen Beitrag zur Geschichte des nationalen Kampfes zwischen Deutschen und Tschechen liefert. Während in dem bisher über die Baden-Tage und der ihnen folgenden Zeit Geschriebenen im Wesen nur eine Schilderung des äußeren Vorgehens der Ereignisse gegeben wurde, stellt Moslich auf Grund eingehender Forschungen, insbesondere in den Ministerprotokollen und mit Verwertung von Mitteilungen damals tätig gewesener Politiker das Werden hinter den Kulissen dar. Dabei erfährt auch die Stellungnahme einzelner Persönlichkeiten, wie Kaiser Franz Josef, Bodeni, Gleispach, Wessersheimb, Gausch, Roerber, über die man bisher hauptsächlich auf Vermutungen angewiesen war, eine eingehende Beleuchtung. Ebenso wird die Geschichte der Gausch'schen Sprachverordnungen, sowie der Versuche Thuns zur Regelung der Sprachenfrage und schließlich die Aufhebung der Sprachenfrage durch Clay erweitert. — Der Preis des Büchleins ist 2 Kk.

Der Film.

Neue Fox-Filme. An drei Vormittagen führte die Fox-Filmgesellschaft acht neue amerikanische

Filme vor. Um mit einer unangenehmen Feststellung zu beginnen: „Die Königin von Saba“ zeigt wieder nur zu deutlich, daß die Überlegenheit des amerikanischen Films bei historischen Stoffen aufhört. Da genügt es nicht, schöne Frauen und gute Darsteller einzusetzen, die in manchen anderen Film allein eine hervorragende Leistung zu schaffen geeignet sind. Eine amerikanische Dinteriade könnte man den Film „Die Rache des gelben Mannes“ nennen; er mag gut und vom amerikanischen Standpunkt aus lebenswahr sein, wir müssen ihn seiner Tendenz halber ablehnen. Gut ist die Verfilmung des „Graf von Monte Christo“ von Dumos der Fox-Gesellschaft gelungen. Die Handlung wird zusammengedrängt, was sonst diese Epochen fallen würde, spielt sich in zehn Teilen ab, die Spannung steigert sich bis zum Schluß und ist durch die herausgehobenen Momente klar gezeichnet. Ein Coto-bobfilm, wie wir deren eigentlich genug kennen und die wir dennoch immer wieder gern ansehen, ist das Abenteuerer-drama „Der Mann mit den Goldaugen“. Die Hauptdarsteller Tom Mix, Pauline Starke und George Seighman heben ihn über den Durchschnitt hinaus. Als großer Erfolg kann der Film „Unser goldenes Mütterchen“ gebucht werden. Das Leben einer einfachen Frau mit seinen kleinen und großen Leiden wird uns in seiner schlichten Tragik vorgeführt und fesselt uns durch zwei Stunden. Außer den Jodie-Coogan-Filmen hat Amerika seit langem nichts ähnlich Gutes für das Lichtspiel geschaffen. Wenn wir von den Darstellern Mary Carr und John Walter mit Ramez nennen, so seien die übrigen Leistungen deshalb nicht herabgesetzt. Der Film ist nicht nach dem Starhüter gespielt worden, hier hat jeder seine Rolle durchgearbeitet und seine Aufgabe restlos erfüllt. Es wäre zu wünschen, daß Amerika mit solchen Film-Endschule bei uns macht. Daß auch alle Sentimentalität ferngehalten ist, verdient, weil es bei diesem Stoffe nicht leicht ist, sie zu vermeiden, lobend erwähnt zu werden. Etwas können wir von den Amerikanern allerdings kaum lernen, weil es zumeist in ihrem Wesen wurzelt, das sind die grotesken Einfälle, die jeden Film beleben. In den drei vorgestellten Komödien (Hunde-Komödie, Dodo im Gebirge, Löwen im Nachtzyklus) steigert sich diese Einfälle zu Musterstücken bizarren Humors und die Löwenkomödie wirkt tatsächlich wertschätzender. Störend empfindet man in den Grotesken, daß ein Darsteller Chaplin kopiert, ohne ihn selbstverständlich nur annähernd zu erreichen. Von allen genannten Filme gilt, daß die Photographie mangelhaft ist. Die Aufnahmen, die — ein glücklicher Gedanke — häufiger als früher verwendet werden, sind glänzend gelungen. Um die Methode zahlreicher Photographien allgemein einzuführen, bedarf es allerdings eines besseren Spielmaterial, wie Fox es besitzt. Den Lichtspielbühnen wie ihren Besuchern können die Filme durchaus empfohlen werden. —el.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“ in Prag.

Pfingstfahrt nach Eijensic ein. Abfahrt Sonntag früh 4 Uhr mit dem Touristen Schnellzug vom Wilsonbahnhof. Zusammenkunft zwischen 3 bis halb 4 Uhr. Nachher für Karten und Platzbesorgung keine Gewähr. Rückfahrt Montag abends. Gute Ausrüstung. Verpflegung mitnehmen.

Pfingstsonntag: Inb Berauntal, Führer M.C. Reisinger. Abfahrt 6.05 Wilsonbahnhof.

26. Mai, Samstag: Mitgliederversammlung im Café Nizza. Austritte ab 7 Uhr.

Es wurden von der Staatsbahndirektion wiederum Touristen Schnellzüge, wie sie im Vorjahre von Prag an Sonntagen nach Bodenbach, Turnau, Eisenstein und Blantso verkehren, eingeführt. Wir fordern alle Touristen auf, diese Züge möglichst zu frequentieren, damit deren Beibehaltung gesichert bleibt. 1652

Turnen und Sport.

Zuverlässigkeitsfahrt Kopenhagen-Prag. Der tschechische Automobilklub veranstaltet in den Tagen vom 6. bis 9. Juni d. J. eine Zuverlässigkeitsfahrt Kopenhagen-Prag und zurück, über Magdeburg und Chemnitz. Die ganze Strecke ist 2008 Kilometer lang.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cernoh. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Ausschneiden!



Oetkers Rezepte Pfingst-Guglhupf

- Zutaten:
 10 Deka Butter
 20 Deka Zucker
 3 Eier (die Eiklar zu Schnee geschlag.)
 50 Deka Mehl
 1 Päckchen „Hellkopf“-Backpulver
 1 Päckchen „Hellkopf“-Vanillinzucker
 3 Deka Kakao
 1/2 Liter Milch oder Rahm
 1 Prise Salz

Zubereitung:
 Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Eigelb, Vanillinzucker, Milch, Mehl, letzteres mit dem Backpulver vermischt, 1 Prise Salz dazu und zuletzt den Schnee der 3 Eiklar. Teile die Masse, Menge unter die eine Hälfte den Kakao, fülle den Teig abwechselnd löffelweise in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden. 1577

Herstellungskosten Kk 11.

NUR VITELLO DELIKATESMARGARINE GLEICHT DER FEINSTE TEEBUTTER

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

In einer Stunde

- Das Weltall
- Philosophie
- Wissenschaftliche
- Raumgeschichte
- Reiseleratur
- Deutsche Literatur
- Physik, Chemie

Führer von bekannten Autoren wie Würgel, Schottler, Klambund, Laffa-Gohn u. a. — Jeder Band gebunden Kk 900. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freyheit, Teplitz-Schönan, A. H. z. Reingasse 18.

Insrieren Sie im „Sozialdemokrat“

Pama Kautschukabsätze und Kautschuksohlen

Schon die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!

Wo verkehren wir?

Café Continental, in Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, in Prag-Neuzant.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetch 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönan. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Bio-Programm vom 18. Mai bis 24. Mai.

Lido Sein oder Nichtsein Drama von L. Mathot.